

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

158 (11.7.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Aufseher“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 Pf ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 Pf, Samstags 15 Pf. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelleile
20 Pf, auswärts 25 Pf, Restamen 80 Pf. Annahmefluß 8 Uhr vormittags.
Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451.
Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Ger-
mann Kabel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag
der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Sozialdemokratische Interpellation über die Außenpolitik

Berlin, 10. Juli. (Eig. Meldung.) Die sozialdemo-
kratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation einge-
bracht: In Nr. 316 der „Volkshfreund“ vom 9. Juli 1925 führt
der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf
Westerburg, daß es sich bei dem deutschen Memorandum vom
9. Februar nicht um Vorschläge oder bindende Angebote der
deutschen Regierung, sondern um eine unverbindliche
Anregung des deutschen Außenministers gehandelt habe. Wir
fragen die Reichsregierung:
1. Ist sie, dieser Behauptung entgegen, bereit zu erklären,
daß sie die in dem Memorandum vom 9. Februar enthaltenen
Vorschläge und Angebote noch als bindend erachtet?
2. Wie gebietet die Reichsregierung eine erfolgreiche Außen-
politik zu führen, wenn der Vorsitzende der deutschen Reichs-
regierungsfraktion behauptet, die, wenn sie wahr wären, die
Politik der Reichsregierung als doppeltzweinig und un-
erfüllbar erscheinen lassen?

Abendigung des Reichskabinetts

Berlin, 11. Juli. (Eig. Meldung.) Das Reichskabinetts-
amt hat am Freitag, in später Abendstunden eine Sitzung ab, in
der der vom Auswärtigen Amt ausgearbeitete Entwurf der
deutschen Antwort auf die Brandt-Note beraten wurde.

Verwaltungsreform in Elsaß-Lothringen Aufhebung des Generalkommissariats

Paris, 11. Juli. (Eigener Funddienst.) Der Senat hat
am Freitag den von der Kammer bereits vor einiger Zeit
verabschiedeten Gesetzentwurf zur Umgestaltung der Verwal-
tung Elsaß-Lothringens beraten. Berichterstatter Senator
Monsieurin führte zur Begründung eines von der aus-
ständigen Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwurf aus, daß
das Generalkommissariat für Elsaß-Lothringen, das a. 3. ge-
schaffen worden sei, um den Übergang zu erleichtern und die
Anpassung der örtlichen Verwaltungen an die Zentral-
verwaltung vorzubereiten, in den letzten Jahren mehr und mehr
seine Bedeutung verloren und zuletzt ausschließlich nur noch
eine repräsentative Rolle gespielt habe. Diesem Zustand wolle
die Vorlage ein Ende machen. Auch dies sei nur ein Ueber-
gang zu dem angestrebten Ziel der Herstellung völliger Ver-
waltungs einheit, das mit Takt und Zurückhaltung verfolgt
werden soll. Wenn die Mentalität der elsaßischen Bevölkerung
sich auch von der des französischen Volkes nicht unterscheidet, so
hätten 50 Jahre der Anpassung an eine fremde Gesetzgebung
dennoch zur Folge gehabt, daß Elsaß und Lothringen be-
sondere Gewohnheiten angenommen hätten, die sich nur allmählich
ändern ließen. Es gäbe auch heute noch einzelne Verwaltungs-
einheiten, wie a. B. die Sozialversicherung, die notwendigerweise
in Straßburg beibehalten werden müßte, da Frankreich selbst
eine entsprechende Einrichtung habe. Die geplante Schaffung
eines Zentralorgans in Form einer Generaldirektion mit dem
Sitz in Paris, die in fändiger Föhlung mit der Bevölkerung
arbeiten und ihre Direktiven den verschiedenen Verwaltungs-
einheiten der drei Departements geben soll, höhere ein reformungs-
fähiges Zusammenarbeiten der verschiedenen Dienststellen, wäh-
rend der beratende Ausschuss als Organ gedacht sei, das die
Wünsche der Bevölkerung zur Kenntnis der Regierung zu
bringen habe. Die Vorlage wurde nach kurzer Aussprache in
einfacher Abstimmung angenommen.

Gegen die Bülle

München, 10. Juli. (Eig. Meldung.) Der Landesaus-
schuß Bayerns des DGB, nahm gemeinsam mit den Vertre-
tern der Landesauschüsse des Südbundes und des DGB zur
Zollvorlage Stellung. In einer einstimmig angenommenen
Entschließung wurde Protest gegen die Absichten der Regie-
rung eingelegt. Die Industrie würde an Abschaffung von
Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen fah-
ren, in deren Gefolgschaft Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend
müßten. Eine ungebührliche Steigerung der Preise für die
Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Ge-
brauchs seien die natürliche Folge der Kartatolle, die jede Fa-
mille jährlich mit 150 M. belasten würde. Für 9 Millionen
Rentner müßte die neue Belastung geradezu katastrophal wir-
ken, da jede Steigerung der Kosten der Lebenshaltung sie der
Gefahr des Verhungerns näher bringe. Die bayerische Regie-
rung wird aufgefordert, ihren Einfluß bei der Reichsregierung
 geltend zu machen, um die ungeheueren Gefahren zu bannen,
die dem Volke aus der Zollvorlage drohen.

Verhandlungen im englischen Bergbau

London, 11. Juli. (Eigener Funddienst.) Im Laufe des
Freitags fanden bedeutende Verhandlungen zur Entspannung
der kritischen Lage im englischen Bergbau statt. Die vorhan-
denen Schwierigkeiten konnten einer Lösung jedoch nicht näher
nachdringt werden, da sich die Führer der Bergarbeiter weigern,
in Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, solange
diese ihre Vorschläge nicht mäßigen.

Die Lage in Marokko

Paris, 10. Juli. Das was meldet aus Fez: Die französische
Truppenabteilung, die schon gestern südlich von Bani operierte,
ist heute weiter nach Norden vorgedrungen. Anfolge dieser Vor-
dringung ist der größte Teil der feindlichen Kontingente, die in
dieser Gegend eingeschlossen waren, nämlich des Uffirah zurück-
gewichen. Bei Bani kam es ein feindlicher Angriff in der Nacht
vom 8. zum 9. Juli durch Senegaleser zurückgeschlagen worden.
Aus Fez wird weiter berichtet, daß Abd el Krim ein Flieger-
korps organisiert und in Tetuan einen Flugplatz errichten will.

Aufwertungsdebatte im Reichstag

Die deutschnationalen Aufwertungsdebatte auf der Antragsbank — Abg. Keil öffentlicher Ankläger — Dr. Hergt in der Klemme

Berlin, 10. Juli. Der letzte Akt der großen deutschen
Aufwertungsdebatte hat am Freitag im Reichstag be-
gonnen. Fast eine Woche wird sich das Parlament mit
dem Aufwertungsgelebe zu beschäftigen haben.
Viele Erwartungen werden enttäuscht werden. Die So-
zialdemokratie hat sich keinen Vorbruch vorzu-
werfen. Sie hat den Sparern niemals mehr versprochen,
als möglich war. Auf keinem Gebiete mehr als auf dem
der Aufwertungsgelebe sieht die deutschnationalen
Fraktion auf der Antragsbank. Heute trat der
sozialdemokratische Abgeordnete, der seit
Monaten mit Feuerzifer die berechtigten Ansprüche der
Inflationseingeschädigten vertritt, Wilhelm Keil, als
Ankläger gegen die deutschnationalen Volks-
partei auf. In temperamentvoller Weise warf er
den deutschnationalen den tausendfachen Wortbruch vor.
Hergt, Westarp, von Vindeiner-Wildau und andere Abge-
ordnete der deutschnationalen wurden des Wortbruchs
überführt. Dr. West, Dr. Deiminger, der alte Graf Pol-
adowsky und andere deutschnationalen wurden als Zeugen
gegen die deutschnationalen Aufwertungsdebatte angeführt.
Das ganze Haus hörte die Keilrede mit gespannter
Aufmerksamkeit an. Die deutschnationalen machten nur
selten Zwischenrufe. Nur der am meisten belästete Herr
Hergt legte sich zur Wehr. Unser Redner ließ aber nicht
locker und schenkte den deutschnationalen nichts. Er
schloß unter einem jähmüßigen Beifall unserer Fraktion.
Sein Vortrag hatte nicht nur auf der Linken stark ge-
wirkt, sondern auch bei den Mittelparteien bis in
die deutschnationalen Volkspartei. Gleich nach Keil sprach
der deutschnationalen Hergt. Sachlich wählte er gegen
Keil nichts vorzubringen. Hergts Rede war eine Anhäu-
fung von Frechheiten in ungeheurer Ausmaß, um die
Zwecke der deutschnationalen zu maskieren. Unsere
Fraktion nahm ihn nicht ernst. Sie rief immer wieder
dazwischen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders und be-
antwortete keine pathetische Rede mit Gelächter. Die Rede
Hergts wurde auch in der Mitte des Hauses mißgünstig
aufgenommen. Der Zentrumsredner Dr. Schet-
ter wies Herrn Hergt Unwahrheiten in seiner
Rede nach und ermahnte die deutschnationalen, den übrigen
Regierungsparteien nicht allzumal zugunsten. Auch
ein demokratischer Abgeordneter hielt den deutschnationalen
in einer kurzen Erklärung ihre unübertreffliche
Demagogie vor. Die Sitzung dehnte sich bis in die späte
Abendstunde aus.

Sitzungsbericht

Nachdem noch der Entwurf eines vorläufigen Handelsab-
kommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen
Wirtschafts-Union an den auswärtigen und handelspolitischen
Ausschuss überwiesen worden ist, tritt das Haus in die
zweite Beratung des Gesetzes über die Aufwertung von
Hypotheken und anderen Ansprüchen

Abg. Keil (Soj.)

betont, daß beide Aufwertungsgelebe, das über die Hypo-
theken und das über die Anleihen, in beträchtlich veränderter
Gestalt aus den Ausschüssen vor das Plenum kommen. So-
weit Verbesserungen erzielt seien, sei das auf das Wirken der
Sozialdemokraten und des Abg. Dr. West (völl.) zurückzu-
führen. Sonst sei das Gesetz mit seinen vielen Verschlech-
terungen gegenüber der Regierungsvorlage nur der Ausdruck
des Willens der Kompromissparteien. Die Ungerechtigkeit sei in
ihm nicht beseitigt. Die von den Sozialdemokraten gewünschte
soziale Lösung des ganzen Problems sei an dem Widerstand
der Kompromissparteien gescheitert. Alle demagogischen Wahl-
versprechungen der Rechten hätten sich zwar nicht erfüllen
lassen, aber viel mehr hätte sich erreichen lassen, wenn die
Kompromissparteien gehandelt hätten. Die Sparern und son-
stigen Gläubiger seien früher recht wohlhabend gewesen. Jetzt
seien sie von ihren früheren Freunden verlassen. Der Redner
verwies auf ein Wahlflugblatt der deutschnationalen für die
Reichstagswahlen vom 7. 12. 24, in dem die deutschnationalen
die Sparern, Aufwertungsgelebe und Rentner aufforderten,
deutschnational zu wählen, weil die deutschnationalen alle
Ansprüche der Sparern unter voller Berücksichtigung des besten
Entwurfs erfüllen wollten. (Hört, hört, links.) Verschiedene
Abgeordnete der deutschnationalen hätten Erklärungen unter-
zeichnet, in denen sie sich verpflichteten, für eine individuelle
Aufwertung nach Treue und Glauben einzutreten. (Hört, hört!
links.) Und was sei geschehen? Die deutschnationalen hätten
in unredlichster Weise ihrem Aufwertungsfraktionsmitglied
Dr. West den Stuhl vor die Tür des Aufwertungsfraktions-
gelebe und seine Aufwertungsentswürfe absteckt. Das sei
ein offener Wortbruch. Die Stellung der Sozialdemokraten
zur Aufwertungsfrage stehe offiziell fest. Der vorliegende Auf-
wertungskompromiß habe zwar kein Verständnis für die Not
der betrogenen Arbeiter, umföhere aber für die Inflationsein-

gewinner und Spekulant. Der Redner fragt, warum man
nicht den Neubestitz ganz streichen wolle, offenbar nur aus Angst
vor den Banken und Börsen. Der Redner betont, daß die
Sozialdemokraten die Streichung des neuen Bestitzes sowie
höhere Aufwertungsätze beantragen würden.

Abg. Hergt (Dntk.) wird von der Linken mit dem Zuruf
empfangen: Hier stehe ich, ich kann auch anders. (Heiterkeit.)
Er erklärt, daß es ohne die deutschnationalen heute überhaupt
keine Aufwertung geben würde. (Gelächter links.) Mit der
antikapitalistischen Sozialdemokratie würde keine Aufwertung
möglich sein. Die sozialdemokratische Stellungnahme zur Auf-
wertungsfrage erkläre sich nur aus agitatorischen Gründen.
Fisher sei aber nur gerecht worden. Jetzt, wo die deutsch-
nationalen mit in der Regierung lägen, würde etwas ge-
schaffen. Alle vorherigen Regierungen hätten an der Auf-
wertungsfrage nur herumgedoktert. Wenn man die Höhe
der Aufwertung bemängele, so solle man sich an die warnende
Stimme des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erinnern, der
es nicht für ausgeschlossen halte, daß sich die schweren Zeiten
von 1923 wiederholen würden. Niemals hätten die deutsch-
nationalen 100 Prozent der Aufwertung versprochen. (Gelächter
und Zurufe.) Was darüber behauptet werde, sei Lüge. Auch
bei den besten Entwürfen hätten die deutschnationalen Vor-
behalte gemacht. Aber es sei zuzugeben, daß die deutsch-
nationalen mehr erhofft, erwartet und erstrebt hätten, als
erfüllbar war. Man konnte sich eben der politischen Notwen-
digkeit und den sich immer schwieriger gestaltenden wirtschaft-
lichen Verhältnissen nicht verschließen. Die deutschnationalen
hätten auch ein Herz für kleine Rentner. (Gelächter links.)
Zu ihnen (zur Linken) werden die Sparern und Rentner nie
gehören. Was hätte es aber genutzt, wenn man den Sparern
und Gläubigern 50 Prozent bewilligt hätte und es wäre wie-
der eine Inflation gekommen. Wenn trotzdem hier und da
noch etwas mehr für die Aufwertung hätte getan werden
können, so sei es an dem Widerstand der Regierung gescheitert
und diesen Widerstand, der sachlich keine Begründung hatte,
hätte man achten müssen. Die Stellungnahme der deutsch-
nationalen zur Aufwertungsfrage sei das Ergebnis einer ge-
nauesten Gewissensprüfung. Man hätte nicht diese Regierung
stützen können, weil die Koalition für Deutschlands Zukunft
erforderlich sei. (Zurufe links: Strejemann, Beifall rechts.)
Es müsse die vornehmste Aufgabe der Regierung sein, der gro-
ßen Not der Aufwertungsgelebe dadurch zu begegnen, daß
sie bald Geld in die Hände bekommen, wenn man auch mit
dem Ergebnis der Aufwertungsgelebe nicht ganz zufrieden sein
könne, so hätten die Kompromissparteien doch eine große Menge
für die Gläubiger herausgeholt, aber 78 Milliarden Anleihen
zu 100 Prozent aufzuwerten, das deutsche Volk mit 78 Mil-
liarden zu belasten, wäre Wahnsinn. (Lärm links, Beifall
rechts.) Der Sperling in der Hand sei jedenfalls besser als die
Fäule auf dem Dache (Zurufe links, Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schetter (Z.) hebt hervor, daß die Darstellung
der historischen Wahrheit nicht ganz entsprechen (hört, hört, links).
Dr. Hergt sollte die Geburde der Partei, die heute mit ihm zu-
sammen in der Regierung läge, nicht auf eine zu große Probe
stellen (Zustimmung beim Zentrum). Nach als Dr. Hergt auf
der Bank der Opposition war, bei der Liquidierung des pol-
nischen Widerstandes hätten die damaligen Regierungsparteien
entscheidende Schritte zur Heilung der schweren Wunden der
deutschen Sparern unternommen (sehr wahr, links und im Zen-
trum). Die jetzt vorliegenden Aufwertungsgelebe seien ein
großes Problem des Gesamtaufbaues. Dieser Aufbau könne
keineswegs etwa auf alleinige Kosten der Gläubiger erfolgen.
Die Wirtschaft brauche aber zu ihrem Gesundungsprozeß eine
schnelle und klare Lösung der Aufwertungsfrage, um wieder
sicher kalkülieren zu können. Gegen das Unrecht der dritten
Steuernotverordnung, die die Hypotheken nur zu 15 Prozent
aufwerten wolle, müsse aber Front gemacht werden. Dieser
unzulänglichen Bestimmung gegenüber bringe das vorlie-
gende Gesetz eine erhebliche Verbesserung. Würde man 65
Milliarden Hypotheken und 5 Milliarden Industrie-Obligationen
auch nur zur Hälfte wieder herstellen, so hätte die Wirt-
schaft dafür bei 5prozentiger Verzinsung jährlich 3,5 Milliarden
Zinsen aufzubringen. Unsere Wirtschaft sei aber so gestell,
daß sie derartige Lasten in absehbarer Zeit nicht aufbringen
könne. In der Landwirtschaft sei die Rentabilität der Be-
triebe vielfach aufgehoben. Das Aufwertungsgelebe hätte des-
halb nicht zu hoch getrieben werden dürfen. Die gestrige Lö-
sung sei zwar unbefriedigend, aber es hätte nicht mehr her-
ausgeholt werden können. (Beifall links.)

Abg. Dr. Wunderlich (DGB.) betont, daß es sein Bestreben
gewesen sei, in der Aufwertungsfrage auszuweichen zwischen
Wirtschaft und Kapitalaufwertungsverbänden und aufzubauen.
Die Wirtschaft wolle einen biden Strich unter die ganze Sache
machen. Das halte er für ganz unmöglich, weil es dadurch
unzweifelhaft zu einer Revolution gekommen wäre, die das
deutsche Volk nicht ausstehen könnte. (Sehr richtig rechts.)
Schon diese Ueberlegung bringe das Ueberbrücken der gegen-
wärtig bestehenden gewaltigen Kluft im Volke durch einen
Kompromiß. Gegenüber dem Standpunkt der radikalen Auf-
wertungsfraktion, daß Recht Recht bleiben müsse, betone er,
daß man bei Stillierung der Quote, die der Schuldner heute
dem Gläubiger zu zahlen habe, die tatsächlichen Verhältnisse
berücksichtigen müsse. (Zustimmung rechts.) Der letzte Ent-
wurf sei eine juristisch löbliche aber praktisch undurchführbare
Vorlage. Nach dem Kompromiß sollen Rechtslaufgelber aus
der Zeit vom Jahre 1912 bis zum Jahre 1921 bis zu 100 %
aufgewertet werden. Für die Zeit nach 1921 hat das Gesetz

feinen Sak festgelegt, doch soll erst, die Möglichkeit bestehen, noch über 100 Prozent aufzuwerten; der Redner hält dies aber für bedenklich. Die im Gesetze vorgegebene Verzinsung bezeichnet der Redner als überaus unbillig. Eine höhere Verzinsung sei aber an der Daussinssteuer geknüpft, so die Verzinsung unbedingbar erhalten wolle. Daraus ersehe man, wie eng die Aufwertungsfrage auch mit der Frage der Wohnungsamangswirtschaft zusammenhänge und wie notwendig es im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft sei, die Wohnungsamangswirtschaft abzubauen. (Lebhafte Zustimmung.) Der vorliegende Kompromiß der eine sehr schwierige Materie behandle, sei nach langwierigen Verhandlungen zur Annahme gelangt und auch er (Redner) habe ihm seine Zustimmung gegeben. (Beifall rechts.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) gab namens seiner Partei eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die demokratische Partei hat sich bei Behandlung des Aufwertungsproblems von jeher noch von sachlichen Motiven leiten lassen. Nicht in ihren Reihen stehen die Demagogen, die sich im letzten Wahlkampf zu einer Aufwertung verpflichtet haben, die sie jetzt von sich weisen, nachdem sie Millionen von Stimmen durch diese falschen Versprechungen gefangen haben. (Sehr wahr links.) Die Aufwertung muß bis an die Grenze dessen gehen, was die Wirtschaft vertragen kann. Es ist der demokratischen Partei nicht gelungen, die großen Mängel der Vorlage zu beseitigen und auch sonst die Aufwertung befriedigend zu gestalten, da die hinter der Regierung stehenden Parteien sich fast allen Änderungsanträgen gegenüber ablehnend verhielten. Die Verantwortung für diesen Kompromiß müssen die hinter der Regierung stehenden Parteien übernehmen. Die demokratische Partei lehnt diese Gesetze ab. In der Frage des Eintretens für die Aufwertung weist der Redner unter lebhafter Zustimmung der Linken die Ausführungen des Abg. Herat als nicht objektiv und nicht unparteiisch zurück.

Abg. Jörissen (Wirtsch. Vgg.) beklagt sich, daß man unter so schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen und unerschöpflichen Reizen an eine Lösung der Aufwertungsfrage herangehen müsse. Dann spricht er sich für die generelle Aufwertung unter Ablehnung der Individualaufwertung aus, die er als praktisch undurchführbar bezeichnet. Der Redner stimmt im übrigen dem Kompromiß zu, der sowohl für den Schuldner wie auch für den Gläubiger trotz seiner Mängel wenigstens eine Basis biete und die Unfähigkeit beseitige.

Abg. Gumminger (N. Vp.) meint, daß sich die Daussinssteuer in dem vorliegenden AufwertungsGesetze als ein großes Hindernis gezeigt habe. Das Reichsgericht sei erst sehr spät, am 28. November 1923, als die Ansprüche der Gläubiger 99,99 Prozent ihres Wertes verloren hatten, zu dem Standpunkt gekommen, daß es wider Treu und Glauben verstoße, wenn man sagen: Markt bleibe Markt. Das Kompromiß, das nun zustande gekommen ist, sei kein Ideal, aber es sei etwas Positives. Die Aufwertungsfrage sei eine Frage des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit. Eine individuelle Lösung müsse aus den schon von anderen Rednern erwähnten Gründen abgelehnt werden. Aber auch der Irrtum des Abg. Herat müsse zurückgewiesen werden, daß der Feindbund weniger von Deutschland verlangt hätte, wenn die Aufwertungsfrage früher gelöst worden wäre. Das sei eine Fieberphantasie. Die Länder der Entente rüdelten ihre Forderungen einzig und allein nach ihren eigenen Interessen, und außerdem nach einer viel zu großen Ueberbückung der deutschen Wirtschaft. Der Redner ist der Ansicht, daß er persönlich einen Aufwertungsfuß von 30 Prozent noch für tragbar gehalten hätte, daß aber die Regierung nicht auf diese Höhe eingehen wollte. Im Interesse aller an der Aufwertung Beteiligten, die eine endgültige Lösung erwarteten, habe sich der Redner dem Unannehmlichen der Regierung gefügt. (Beifall rechts.)

Abg. West (Wirtsch.) bezeichnet die Aufwertung in der dritten Steuernotverordnung als eines Kulturstaates unwürdig. Wir vertreten die individuelle Aufwertung deshalb, weil sie ermäßigte, eine Hypothekenaufwertung größer vorzunehmen, wenn das Objekt an Wert nicht viel verloren habe, wie das bei den Häusern sehr vielfach der Fall sei. Wenn gegen seinen Vorstoß eingewendet werde, daß eine endgültige Fixierung des Aufwertungsbeitrages erst 1932 erfolgen könne, so müßte er entgegenhalten, daß nach der jetzt vorgezeichneten Regelung die Gläubiger bis 1932 warten müssen, während sein Wert jetzt in einer wirtschaftlich schlechten Zeit bestimmt werde. Aller inwischen erfolgender Wertminderung solle also den Schuldnern aufliegen. Das sei eine erbärmliche Lösung. Er hätte nicht erwartet, daß der Abg. Herat, ein ehemaliger Finanzminister, hier in Form einer Rede mit einer Inflation gedroht habe, nachdem diese Möglichkeit einer abermaligen Inflation wissenschaftlich widerlegt sei.

Es würde gegen die individuelle Aufwertung eingewendet, daß man Millionen von Prozents bekommen würde. Das sage man aber nur, wo es sich um die kleinen Gläubiger handle. Wo das Großkapital Gläubiger sei, nehme man eine individuelle Aufwertung in einem gewissen Sinne vor. Der Redner erklärt weiter, ich habe bisher die dritte Steuernotverordnung als den größten Rechtsbruch betrachtet, die jetzige AufwertungsVorlage hat mich eines Besseren belehrt. Unter dieser Art von Finanzpolitik leide das deutsche Ansehen nach außen. Welche Rechte hätten dem Redner erklärt, daß die jetzige Regierung auf ihrer Finanzpolitik bestehen könne, wie die jetzige Regierung auf ihrer Finanzpolitik bestehen könne, wenn die Verbesserungen ansehnlicher der dritten Steuernotverordnung gesprochen werde, so müße er erklären, daß dieser Verbesserung derartiges Verschlechterungen gegenüberstünden, daß, wenn er zu wählen hätte, die dritte Steuernotverordnung wählen würde. Der Urheber der dritten Steuernotverordnung, der Bernichter des deutschen Rechts hat jetzt auf dem Stuhl des Gründers des Deutschen Reiches. Ich halte ihn für einen ausgezeichneten Sachwalter des Großkapitals (Sehr gut links). Die Regierung irt, wenn sie glaubt, daß mit ihrer Vorlage die Ruhe im Volke wiederhergestellt werde. Der Kampf werde erst beginnen, wenn diese Vorlage Gesetz wird. Der Kampf wird andauern, bis das Recht endlich zum Siege kommt. (Beifall links und bei den Völkischen.)

Reichsjustizminister Dr. Frenken: Ich muß auf das Tiefste bedauern, daß ein Mann, der gleich mir einst einen der höchsten Posten im deutschen Rechtsleben eingenommen hat, sich zu so maßlosen Ausdrücken und schweren Beleidigungen des Leiters des Deutschen Reiches, des Herrn Reichsjustizministers hat hinreißen lassen. (Unruhe). Er hat von dem Herrn Reichsjustizminister gesagt: Der Vernichter des deutschen Rechts hat auf dem Stuhl des Gründers des Deutschen Reiches und er hat ihn den Sachwalter des Großkapitals genannt. (Sehr richtig links, Widerspruch rechts). Er hat dem Reichsjustizminister und Gerechtigkeitsgefühl abgesprochen. Man könne über die Sache denken wie man will, derartige Verleumdungen aber sind ungebührlich. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Forst (Komm.) hält den Deutschnationalen ihre Wahlflugblätter vor, mit denen sie die kleinen Sparrer betrogen hätten.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. Nach persönlichen Bemerkungen verläßt sich gegen 12 Uhr das Haus auf Samstag 1 Uhr. AufwertungsGesetze und Ablösung öffentlicher Anleihen.

Als nächster Redner stand Dr. West auf der Liste, vom Hause mit großer Spannung erwartet. Dr. West hatte aber mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine

Erstschöpfung nach der Arbeit des Tages gebeten, die Sitzung zu vertagen und ihn erst morgen sprechen zu lassen. Raum war das bekannt geworden, als sofort etwa 100 deutschnationale Abgeordnete in den Saal marschierten, um Dr. West zu zwingen, den noch in später Abendstunde zu reden. West zog darauf seinen Antrag zurück und sprach unter allgemeiner großer Aufmerksamkeit. Die 100 Deutschnationalen aber, die sich bei den Wahlen auf seinen Entwurf festgelegt hatten, verließen sofort wieder den Saal und ließen nur einige Wächterposten zurück. Dr. West ging mit der dritten Steuernotverordnung und mit ihrem Vater, dem Reichsjustizminister Dr. Luther, sofort ins Gericht. Wiederholt kam es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen dem Redner und Mitgliedern der Rechtsparteien, jedoch der Präsident zum Eingreifen genötigt war. Der Fraktionszwang der Deutschnationalen hätte zu einer Sonderkonferenz einiger Rebellen geführt. Die Beratung über die wichtigsten innerpolitischen Fragen sei überhastet worden und das ganze Gesetz eine Verletzung der Verfassung. Sein Geist sei der Geist des internationalen Großkapitals. Als West geschloffen hatte, erhob sich der Reichsminister Dr. Franke, um mit getötetem Gesicht gegen die Beleidigung des Reichsjustizministers durch den Redner zu protestieren. Die Rechte applaudierte, die Linke lächelte. Um 10 Uhr bekam der Kommunist Dr. Korsch das Wort. Der Saal leerte sich rasch. Am schwächsten, mit 4 oder 5 Mann, war die kommunistische Partei vertreten. Dem Redner gelang zunächst ein Schlag, indem er unter großer Heiterkeit durch Verlesung deutschnationaler Flugblätter nachwies, daß die Deutschnationalen den jetzigen Reichsjustizminister und damaligen Reichsfinanzminister Dr. Luther mit genau denselben Ausdrücken traktiert hätten, gegen die sich gerade zuvor der Justizminister Dr. Frenken zu entrüstetem Protest erhoben hatte. Dann verlieren sich jedoch seine Ausführungen ins Uferlose. Sie enden unter Gelächter gegen 11 Uhr abends.

Soll man (Soz.) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Herat, der den sozialdemokratischen Ministern von 1923 einen Vorwurf daraus gemacht hatte, daß sie nicht schon damals die Aufwertung in die Hand genommen hätten. Er erinnert daran, daß es in der damaligen verzweifeltsten Lage, als der Dollar auf Hunderten von Papiermilliarden stand, als Herat die Sperre der Unterfertigung für das Gesetz gebietet verlangte, ein Aufwertungsprogramm nichts als eine Schärflanze hätte sein können. Um 11¼ Uhr verläßt sich das Haus.

Am Vorkabend des Reichstags wurde am Freitag beschlossen, die Beratung des AufwertungsGesetzes am Dienstag zu beenden, damit sich am Mittwoch der Reichstag damit beschäftigen kann. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen soll am 20. Juli mit der Beratung der Steuernotverordnung begonnen werden. Wann die Zollvorlage auf die Tagesordnung des Plenums kommt, steht noch nicht fest, da das Ende der Ausspracheverhandlungen noch nicht abzusehen ist.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags brachte am Freitag unter Ablehnung aller sozialistischen Verbesserungsanträge die Vorlage über die Änderung der Anstellungsverhältnisse unverändert zur Annahme. Nur für die Klasse, in der sich die Angestellten mit einem Monatsgehalt von weniger als 50 M befinden, wurde beschlossen, daß die Arbeitgeber die ganzen Beiträge zu zahlen haben.

Zur Bewilligung der Marokkof Kredite

Begründung der Stimmenthaltung der Sozialisten Paris, 10. Juli. (Eig. Bericht.) Nach Schluß der Generaldebatte begründete Leon Blum die von der sozialdemokratischen Fraktion beschlossene Stimmenthaltung. Die Fraktion könne und wolle nicht gegen die Kredite stimmen. Auf der einen Seite habe sie zwar die Politik der parlamentarischen Unterfertigung und die Forderung, die sie bisher der Regierung gegenüber eingenommen habe, aufzugeben; aber sie wolle deshalb keineswegs systematische Opposition treiben. Auf der anderen Seite habe die Fraktion, trotz der Vorbehalte, zu der sie die Marokkopolitik der Regierung zwingt und trotz der Enttäuschung, die ihr besonders die Beibehaltung des Marokkopolitikvertrages verursacht habe, Vertrauen in den Friedenswillen der Regierung, zumal da der Ministerpräsident als Grundlage für den fünfjährigen Frieden die Unabwägbarkeit des Risikos und der um 100 M. gezeichneten Stämme ausdrücklich anerkannt habe. Die sozialistische Fraktion verlange keineswegs die Räumung von Marokko, die wahrscheinlich ein Hinschlachten nicht nur der französischen Kolonisten, sondern auch der unter französischem Protektorat stehenden Eingeborenen zur Folge haben würde. Die Verschiebung der französischen Postenlinie auf das Nordufer des Gueraib im Jahre 1924 sei ein schwerer völkischer und militärischer Fehler gewesen. Aber es stehe deshalb nicht minder fest, daß Frankreich in der Abwehr eines Angriffes stehe und die sozialistische Partei habe Frankreich niemals das Recht und die Pflicht der Selbstverteidigung abgesprochen. Deshalb könne die Fraktion, wenn sie auch nicht für die Kredite stimme, sich nicht entschließen diese abzulehnen. Die Regierung befinde sich jedoch im Irrtum, wenn sie glaube, die französische Kolonialpolitik habe die Zustimmung aller Parteien. Die sozialistische Partei sei von jeher gegen die Imperialismus gewesen, in der sie eine moderne Form des Imperialismus sehe. Jeder Franzose wünsche zwar die Ausdehnung der französischen Kultur, aber die militärische Besetzung eines Landes sei nicht das rechte Mittel hierzu. Genau wie die sozialistische Fraktion sich vor einem Jahre bei den Kubakrediten der Stimme enthalten habe, müße sie auch diesmal die politische Verantwortung für eine Maßnahme ablehnen, mit der sie nichts zu tun haben will.

Die Wirtschaftskämpfe

Geschicktere Verhandlungen im badischen Baugewerbe Vom Baugewerksverband wird uns geschrieben: Der Schlichtungsausschuß Karlsruhe teilte uns mit, daß das öffentliche Interesse die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens erfordere. Die Reichsbauverwaltung hatte sich an die Behörden gewandt und die Schlichtungen durch Nichtvollendung begonnener Arbeiten nachgewiesen.

Diese Verhandlungen fanden am 9. Juli statt. An der Spitze unserer Forderungen steht der Abschluß eines Tarifvertrages. Dieser Standpunkt wurde unerschrocken erntet hervorgehoben. Die Arbeitgeber lehnten ab, über einen Vertrag zu beraten. Sie waren bereit, über die Lohnfragen zu verhandeln. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses machte

den Vorschlag, über die Löhne, über die Ferien sowie den Tarifschlüssel (Spannung der Löhne zwischen Bau- und Hilfsarbeiter, sowie jugendlichen Arbeiter) zu beraten. Er schlug weiter vor, daß die Parteien sofort Verhandlungen aufnehmen sollten, um den Abschluß eines Tarifvertrages zu erreichen. In letzterem Beschlusse waren wir bereit gewesen, wenn der frühere Reichstarifvertrag sofort in Kraft gesetzt und bis zur Vollendung des Tarifvertrages Wirkung haben würde. Hierauf gingen die Arbeitgeber nicht ein.

Der Schlichtungsausschuß faßte folgenden Beschluß:

1. Die Sache wird für heute abgelehnt.

Erklärung des Vorsitzenden:

2. Den Parteien wird empfohlen, alsbald in Verhandlungen über die streitigen Punkte einzutreten.

3. Falls diese Verhandlungen nicht zum Ziele führen, wird den Parteien empfohlen, den Schlichtungsausschuß längstens binnen einer Woche zur förmlichen Fällung eines Spruches anzurufen.

4. Es wird erwartet, daß bis dahin eine weitere Ausdehnung des Tarifvertrages sowie der Aussperrung nicht eintritt.

Es wird nun an den Arbeitgeber liegen, in den nächsten Tagen anlässlich der Verhandlungen den Nachweis zu erbringen, daß sie den Frieden im Baugewerbe wünschen.

Am 4. Juli betrug die Zahl der Streikenden bzw. der Aussperrten 4024, demnach wären von der Aussperrung 294 Kollegen betroffen. Mit 100 Arbeitgebern haben wir Vereinbarungen getroffen, bei denen 2082 Kollegen beschäftigt sind. Wenn die Arbeitgeberorganisationen in den bürgerlichen Zeitungen über ihren großen Aussperrungserfolg schreiben, so reden vorliegende Tatsachen eine andere Sprache.

Aus der Porzschheimer Industrie Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 22. Juni abgelehnt

Karlsruhe, 10. Juli. In Sachen des Streiks der Porzschheimer Schmelzwaren-Industrie hat der Landesschiedsrichter gestern entschieden, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses in Sachen der Zweifelsfrage vom 22. Juni abgelehnt, weil die Anwendung staatlichen Zwanges angeht, der im Schiedspruch enthaltenen Löhnerhöhung von 20 Prozent unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht anständig erscheint. Die sozialen Verhältnisse der Arbeiterklasse rechtfertigen eine Löhnerhöhung. Diese müßte sich aber mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Porzschheimer Schmelzwarenindustrie, sowie auf das Maß der Steigerung des Lebenshaltungsindezes in vorliegenden Grenzen halten, soweit es sich um die Anwendung staatlichen Zwanges handelt.

Porzschheimer Schmelzwaren-Industrie.

Karlsruhe, 10. Juli. In der gestrigen Sitzung in Karlsruhe hat der Landesschiedsrichter den Antrag der Gewerkschaft auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 22. Juni, eine Löhnerhöhung um 20 Prozent vorzugeben, abgelehnt. Die Abkündigung der Arbeiterseite läuft heute, am 10. Juli, ab. In der Sache wird heute nachmittag in einer Verhandlung der Arbeitgeber nunmehr endgültig Stellung genommen.

Verbandsrat des Malerverbandes

SPD, Dresden, 9. Juli. (Eig. Bericht.)

Am Montag wurde die 19. Generalversammlung des Verbandes der Maler an der Stelle eröffnet, wo der Verband seit 40 Jahren gegründet worden ist. Zu der Tagung sind 60 Delegierte erschienen. Von den Gästen sind zu erwähnen: Jansner, der die Grüße der amerikanischen Kollegen überbrachte, und Lorenz-Koppenbach, der im Auftrag der übrigen Vertreter des Auslandes deren Glückwünsche aussprach. Vom ADGB ist Genosse Schulze-Berlin anwesend. Als Vorsitzende werden Streiner-Damburg und Reichmann-Dresden gewählt. Den Bericht des Vorstandes gaben Streiner und Reich. Aus ihm geht hervor, daß der Verband sich wieder in aufsteigender Linie befindet. Nach der im Dezember erfolgten Wiedereröffnung der Arbeitlosen- und Sterbunterstützung soll demnächst auch die Krankenunterstützung in Wirksamkeit treten. Die Mittelvermehrung hat sich seit Dezember vorigen Jahres um 6000 auf 44.000 erhöht. Das Verbandsvermögen beträgt 65.000 M. Es ist an dem die Berichte über das Verbandsorgan, der Preiskommission, des Verbandsauschusses und der Mandatsprüfungskommission.

In der Aussprache wurde im allgemeinen die Politik des Vorstandes gebilligt. Nur die Opposition hat sich rechtliche Mühe im Sinne der Moskauer Beschlüsse den Verbandstag zu beeinflussen. Genosse Schulze vom ADGB konnte den Kompromissen aber nachweisen, daß sie im Gegensatz zu ihren Behauptungen, statt Werdauerarbeit eine sehr gefährliche Zerstörungswirtschaft innerhalb der Gewerkschaften leisten. Auch die übrigen Diskussionredner wandten sich sehr lebhaft gegen die Kommunisten, deren Arbeit weder mit Sozialismus noch mit Klassenkampf irgend etwas zu tun habe.

Am Mittwoch wurde die Debatte über den Geschäftsbericht mit der Annahme mehrerer Entwürfe beendet, in denen die Maßnahmen des Vorstandes zur Erhaltung der Schlagkraft der Organisation und die von ihm nach zentralen Grundgedanken betriebenen Tarif- und Lohnpolitik gebilligt werden. Es wird gefordert, daß der Erhaltung der 48-Stundenwoche, dem Ausbau der Bestimmungen über die Ferienfrage und dem Lebensindefinit und der ausschließlichen Benützung der Arbeitsnachweise bei der Vermittlung von Arbeitskräften erhöhte Beachtung geschenkt wird. Vom ADGB sind die Einleitung und Durchführung einer gemeinsamen Aktion aller Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen gegen die rückwärtigen Löhne- und Steuerpläne der Reichsregierung gefordert. Auf die politischen Parteien soll ein Druck ausgeübt werden, daß alle geeigneten Mittel angewendet werden, um zu verhindern, daß die wichtigsten volkswirtschaftlichen und sozialen Interessen dem Elend ausgesetzter und schwerindustrieller Großkapitalisten geopfert werden.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Die Mitgliedschaft des Amtsbezirks Karlsruhe werden nachmals auf die

Sonntag, 12. Juli, vorm. 10 Uhr, im „Salmen“ (Kubwischplatz) in Karlsruhe stattfindende Vorstandskonferenz aufmerksam gemacht. Von jedem Ortsverein hat der Vorsitzende und der Kassier zu erscheinen, die auch stimmberechtigt sind. Alle anderen Mitglieder haben Zutritt gegen Vorweisung des Mitgliedsbuchs.

Gleichzeitig erinnere ich dringend an die Ablieferung der Vierteljahrsabrechnung für das 1. Quartal 25/26 (April, Mai, Juni).

T r i n s, Parteisekretär.

Badischer Landtag

Aufhebung der Immunität des Abg. Ritter — Uebernahme der Rheinbäder durch den badischen Staat — Kommunitische Anfragen — Der Protest des Landtags gegen den geplanten Finanzausgleich der Reichsregierung

39. Sitzung. h.w. Karlsruhe, 10. Juli.

Unter den Eingängen befindet sich eine förmliche Anfrage des Landtages betr. die Zollvorlage im Reichsrat; die Anfrage verlangt Klärung der Regierung wegen der abweichenden Haltung der Regierung im Reichsrat gegenüber den Getreidezöllen.

In Fortsetzung der gestrigen Beratung betr. den Finanzausgleich

verliest der Präsident nochmals die am Schlusse der Sitzung eingebrachte Entschliessung, in der die Auffassung des Landtages zum Ausdruck ist. Von den Kommunisten ist ein Erklärungsantrag eingebracht, der in die Entschliessung einen Zusatz gegen die Belastung der Mieter durch die Wohnungsverhältnisse einfügen will. — Abg. Mayer-Karlruhe (Dnt.) verlangt getrennte Abstimmung über die einzelnen Abschnitte der Entschliessung, da keine Fraktion sich bei dem einen oder andern Satz der Stimme zu enthalten gedente. — Abg. Bod (Komm.) begründet seinen Erklärungsantrag; sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so werde sich keine Fraktion der Stimme enthalten. — Abg. Marum (Soz.) erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion für den Erklärungsantrag stimmen werde, da er durchaus sich in der Richtung bewegen, die die Sozialdemokratie im Lande und im Reich in dieser Frage einhalte. Sollen sich begnügen sich aber die Kommunisten nun nicht mehr nur mit Protesten, sondern lassen auch praktische Arbeit in der Gesetzgebung. — Auf Antrag des Abg. Schöfer (Z.) wird die Abstimmung ausgesetzt, bis der Antrag der Kommunisten allen Mitgliedern des Hauses vorliegt ist. Es wird inzwischen ein Antrag des Generalstaatsanwalts auf

bürgerlicher Seite scharf verurteilt. Ohne einige Seitenhiebe auf die Sozialdemokratie, die nach Ansicht des Herrn Bod nicht ihre Pflicht getan habe, geht es natürlich auch bei Herrn Bod nicht. Der Redner hält eine laute Vorlesung über Strafvollzug und Strafvollzugsordnung und bringt eine Reihe Beschwerden und Klagen aus badischen Strafanstalten vor. Der heutige Strafvollzug sei eine Grausamkeit und Unmenslichkeit.

Die Anfrage wird von Justizminister Traut beantwortet. Abg. Bod habe nicht zu der förmlichen Anfrage gesprochen. Bestenfalls der Reichsregierung eine Amnestie geplant werde. Den Ländern soll anheim gestellt werden, entsprechende Ergänzungen zur Reichsamnestie zu erlassen. Bis jetzt ist den Ländern aber noch kein Amnestieentwurf zugegangen. Die badische Regierung vermag ein Bedürfnis nach einem Amnestiegesetz nicht zu erkennen. Sollte aber eine Reichsamnestie kommen, ist die Regierung bereit, Ergänzungen, die ihr notwendig erscheinen, zu erlassen. Ein Antrag, die Reichsregierung zu einem Erlaß einer Amnestie zu drängen, liegt nicht vor. Bezüglich der Behandlung sogen. Ueberzeugungstäter verliest der Redner diesbezügliche Bestimmungen und Grundzüge, nach denen verfahren wird. Die Strafanstaltsleitung Bruchsal hat in weitestgehender Auslegung der Bestimmungen für Ueberzeugungstäter Erleichterungen durchgeführt. Die Vergünstigungsvorschriften werden nicht engherzig durchgeführt. Wenn aber das Gericht in einem Beurteilten einen Ueberzeugungstäter nicht sieht, dann müssen eben die strengen Strafbestimmungen des Strafvollzugs in Kraft treten. Die Justiz im Reich und im Lande hat keine Ursache, ein Unrecht zu beklagen. Das Land Baden kann sich hinsichtlich seines Strafvollzugs heben lassen. Abg. Ritter hat nach der Besichtigung der Strafanstalt in Bruchsal durch den Reichs- prozessualrat in der „Arbeiterzeitung“ einen Artikel veröffentlicht, der der Wahrheit nicht entspricht. — Die Intervention betreffend Amnestie findet die zur Besprechung nötige Unterbrechung nicht. — Ueber die zweite Anfrage betr. Mißhandlungen in der Strafanstalt Bruchsal äußert sich Abg. Ritter (Komm.). Er bringt verschiedene Beschwerden vor. In einer Zelle der Irrenabteilung sollen Strafgefangene gewürgelt und mißhandelt worden sein. Die Geisteskranken sollten nach der Irrenanstalt Wiesloch überführt werden, wo sie hingehören. Einzelne Namen zu nennen, weicht sich der Redner. Für die 700 Insassen der Bruchsaler Strafanstalten fänden nur zwei Ärzte zur Verfügung. — Die Schlussanfrage des Herrn Ritter bildet das übliche Gesuch um die Sozialdemokratie. Unter Hinweis auf den amnestierenden Generalstaatsanwalt bemerkt Herr Ritter unter stürmischer Beifall: Wenn ich Dich sehe, möcht ich weinen! — Justizminister Traut entgegnet mit der Einleitung, daß, wenn er den Herrn Ritter sehe, möcht er lachen! Im übrigen seien die Klagen über Mißhandlungen in der Anstalt Bruchsal durch den Anstaltsdirektor genau geprüft und als unberechtigt festgestellt worden. Ebenso verhalte es sich mit allen andern Beschwerden. Bezüglich der Verpflegung könne man die nicht höher stellen, als die der Masse der Bevölkerung draußen sei. Aus der „Roten Hilfe“ stellt der Minister die Absichten der Kommunisten fest. Das Ministerium geht allen Beschwerden nach. Aber es ist nicht amüßig, auf die Art, wie Ritter sein Material vorgebracht hat, etwas zu sagen. Dazu ist der Minister nicht da, um die kommunistische Agitation zu unterstützen. Als der Minister den Abg. Ritter fragt, wen er (der Minister) denn verlassen soll, um die Wahrheit der Angaben Ritters feststellen zu können, schweigt dieser betreten. Obermedizinalrat Dr. Riffel ist einer der besten Psychiater Badens und ein guter Beamter. Was gegen ihn vorgebracht wurde, ist in jeder Beziehung unwar. Der Minister weist Ritter nach, daß der in der „Arbeiterzeitung“ von Ritter an erster Stelle angeführte politische Gesandte Philippson der Raumbörder von Glaswald sei, der in der Anstalt Bruchsal auch einen Wärter niederstach! Auch hierüber wird vom Haus eine Besprechung nicht gewünscht.

Den Schluss der Sitzung bildet nun die Abstimmung über die Entschliessung betr. den Finanzausgleich

Der kommunistische Antrag ist in die Entschliessung eingearbeitet worden, die nun folgenden Wortlaut hat: Der Landtag billigt die Haltung, welche die Regierung in den Verhandlungen mit der Reichsregierung und im Reichsrat über die geplante Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden eingenommen hat. Er ersucht die Regierung, mit allem Nachdruck auch weiterhin dafür einzutreten, daß die Länder und Gemeinden auch künftig in der Lage sind, ihr Eigenleben aufrecht zu erhalten und die ihnen obliegenden großen sozialen und kulturellen Aufgaben zu erfüllen. Der Landtag erhebt Einspruch dagegen, daß die Länder und die Gemeinden zur Deckung ihres Finanzbedarfs auf die Steuerquellen der Umsatzsteuer und der Gebäudebesondersteuer verwiesen werden sollen, obwohl die Umsatzsteuer bereits im Abbau begriffen ist und die Verwendung der Gebäudebesondersteuer zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden im Widerspruch steht mit den fundamentalsten Anforderungen künftiger Gerechtigkeit. Der Landtag lehnt die Vornahme ein gegen die Art der Ausgestaltung der beabsichtigten Kontrolle über die Finanzabgaben der Länder und Gemeinden durch das Reich, welche im Widerspruch steht zum Wortlaut und Geiste der Reichsverfassung. Die Entschliessung wird einstimmig angenommen. — Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Die nächste Sitzung wird vom Präsidenten festgesetzt werden. Schluss der Sitzung 1/3 Uhr nachmittags.

Neue Eingänge im Badischen Landtag. Unter den Gesuchen, die dem Landtag in den letzten Wochen eingereicht wurden, befinden sich solche zur Gebäudesondersteuer zur Unterhaltung der Autostrahlen, zum Steuererleichterungsgesetz, zur Kraftfahrsteuer und zum Abbau im Berggewerbe. Eine Reihe von Gemeinden haben Gesuche um Erleichterung einer weiteren Lohnversteile eingegeben. Die Gemeinde Waldshut ersucht um Staatszuschuss zur Errichtung eines Spitalneubaus. Weitere Gesuche haben Befoldungsverhältnisse zum Gegenstand.

Der Kampf um den Antrag Rüger

Die Debatte über den Antrag

Was der am Mittwoch im Reichspresseauschuss gepflogene Debatte über den Antrag Rüger, die Fürsorge auf Kreise zu übertragen, den besonderen Charakter verlieh, war der Umstand, daß nacheinander die Vertreter sämtlicher anderen Parteien ihre Gegnerschaft zum Antrag Rüger zum Ausdruck brachten. Es kommt im parlamentarischen Leben nicht allzu häufig vor, daß 6 Parteien in einer sachlichen Frage sich gegen eine Partei wenden. Das war am Mittwoch im Reichspresseauschuss der Fall. Von der Regierung sprach der Minister des Innern, von Zentrum außer dem Antragsteller noch zwei Vertreter. Im einzelnen nahm die Aussprache folgenden Verlauf:

Der Minister des Innern erklärt zunächst, daß seine Absicht bestehe, seitens des Innenministeriums an der Zuständigkeit der Kreise etwas zu ändern. Dann geht der Minister dazu über, die Bestrebungen der Städte, sowie einzelner Organe, ferner mancher Vertreter von Industrie und Handel, die sich sämtlich staatsfrei machen wollen, zu charakterisieren. Dem Staate wolle man die Nachwächterrolle aufheben und ihm lediglich die Polizei und die Verwaltung überlassen. Dabei dürfe man wohl feststellen, daß z. B. die Durchführung der Sozialpolitik durchaus dem Ministerium des Innern zuzuführen. Zur Charakterisierung des Antrags Rüger bemerkt der Minister, eine gewisse Dissonanz zwischen Staatsverwaltung und Selbstverwaltung werde immer bestehen. Der Landrat von selbstverwaltung wäre er auch Vorsitzender von Selbstverwaltungsförperschaften. Das sei auf so. Man könne auch nicht leugnen, daß früher in den Kreisen eine starke Erkennung vorhanden war; erst die Wahlen der letzten Jahre hätten darin eine Änderung und Besserung gebracht. Es gäbe auch Kreise, welche ihre Zuständigkeiten nicht ausgenutzt hätten. Nicht richtig sei es, daß die Kreise keine Fürsorgeverbände ihre Aufgabe nicht erfüllt hätten. Der Minister ging dann auf die finanzielle Seite der Angelegenheit ein und bemerkt, es sei ganz gleichgültig, ob die Beamten in den Kreisen oder in den Fürsorgeverbänden beschäftigt werden, bezahlt müßten sie werden. Denn das Steuerrecht der Kreise fände seine Grenze in der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung. Neue Mittel aber könnten den Kreisen nicht zugeführt werden, da nach den jetzigen Finanzausgleichsverhandlungen in Berlin sämtlich den Ländern außerordentlich wenig Mittel zur Verfügung stehen. Ein großer Apparat könnte also von den Kreisen nicht aufgezogen werden. An Ersparnisse im Falle der Annahme des Antrags Rüger glaubt er nicht. Persönliche Verbindung mit den Fürsorgeberechtigten sei notwendig. Er, der Minister, halte es für eine Wohltat, wenn ein Teil der Beamten mit der Fürsorgepflege zu tun bekommt. Den Verwaltungsbeamten dürfe man von praktischen Leben nicht fernhalten. Die Meinung, als ob Polizei und Fürsorge gewisse Gemeinsamkeiten seien, halte er für deplaziert. Man brauche die Polizei sehr notwendig zum Vollzug der Sozialfürsorge. Sie sei in vielen Fällen vorbeugendes Organ. Polizei und Fürsorge könnten sicher zusammen arbeiten. Lassen Sie es so, so mahnte der Minister zum Schlusse, bei den bisherigen Zuständen. Er hatte damit seine Gegnerschaft zum Antrag Rüger klar zum Ausdruck gebracht.

Der Vertreter des Landtages dankte zunächst dem Abg. Rausch für die vorzügliche Berichterstattung. Er wandte sich dann gegen den Antrag Rüger. Bei der Uebertragung der Fürsorge auf die Kreise müsse man berücksichtigen, daß man an die Fürsorgeberechtigten nicht heranfomme, weil die Entfernungen bei den Kreisen zu groß seien. Die Kreisbehörden, die Kriegsblinden usw. seien mit der jetzigen Organisation zufrieden, also lasse man es bei den Fürsorgeverbänden. Zudem wurde erst ein Jahr in der jetzigen Form gearbeitet, da müsse man noch abwarten. Der Antragsteller habe ihn nicht überzeugt, er müsse den Antrag Rüger ablehnen.

Der demokratische Redner bedauert, daß der wichtige Antrag Rüger erst kurz vor Schluss der Landtagssession behandelt werde. Er geht auf seine Erfahrungen im langjährigen Verwaltungsdienst ein, und fügt hinzu, daß die Kreise alle die großen Hoffnungen, welche bei ihrer Schaffung und später auf sie gesetzt wurden, nicht erfüllt hätten. Dagegen hätten die Fürsorgeverbände in der kurzen Zeit ihres Bestehens sich sehr gut bewährt. Wollte man den Kreisen jetzt weitere große Aufgaben zuweisen, so vermisse er den Nachweis, wie dies bei der Organisation der Kreise durchzuführen sei. Es verlobe auch ein nicht an der Spitze von staatlichen Organisationen stehender Mann, daß der Antrag Rüger seinen Fortschritt für die Fürsorgeberechtigten, deswegen lehne er ihn ab. Den Ausschüssen des Ministers über die Kostungsverhältnisse vom Staate stimme er restlos zu.

Die deutschnationale Volkspartei läßt erklären, daß sie nicht genug Gründe finde, um dem Antrage Rüger zuzustimmen; sie lehne ihn ab. Die Objekte der Fürsorge, also die Fürsorgeberechtigten, haben sich bekanntlich ebenfalls gegen den Antrag Rüger erklärt. Und darauf komme es an.

Die zwei Vertreter des Zentrums, welche in der Aussprache das Wort nahmen, unterstützten in ausführlichen Darlegungen den Antrag Rüger. Die Aufregung wegen der Einbringung des Antrages sei erst in die Kreise der Fürsorgeberechtigten hineingetragen worden. Für den Antrag Rüger sprächen viele Gründe. Wir müßten besondere Wohlfahrtsämter haben, welche man an die Kreise angeschlossen könne. Die Fürsorgeverbände hätten nichts, während die Kreise allerhand Einrichtungen hätten. Das sollte Land müsse in der Fürsorge den Städten nahegebracht werden. Mit etwa 20 Sozialämtern müßte man in Baden auskommen können.

Dr. Enslin (Soz.) verbreitet sich eingehend über das gesamte Problem der Fürsorge. Er wirft die Frage auf, wie die Kreise zu dem Antrag auf Uebernahme der Fürsorgepflege gekommen sind. In der Inflationszeit hingelagert. Erst durch die Konkurrenz anderer Institutionen wurde es wieder zur Tatkraft veranlaßt. Die gute Finanzbasis der Kreise, von der man spreche, könne nicht geschaffen werden, weil Kreise ohne Städte hieran nicht in der Lage seien. Man stelle sich auch vor: Fürsorgeämter bei den Kreisen, die doch nach einem ganz anderen Wahlrecht gewählt seien! Die Mitarbeit der Bevölkerung könne in den Bezirksverbänden besser gesehen, wie in den Kreisen. Bei den Bezirksverbänden läßt sich auch besser eine Gleichmäßigkeit der Handhabung der Vorschriften erzielen, wie bei den 11 Kreisen, weil die Bezirksverbände unter Aufsicht einer Landesbehörde arbeiten. Wenn der Staat die Mittel für die Fürsorge aufbringt, soll er sie auch durch seine Organe verausgaben dürfen. Die von d. Zentrumsrednern verlangten Sozialämter seien weiter vom Antrag Rüger entfernt, wie die heutigen Bezirksfürsorgeverbände. Wenn man von sozialen Beamten spräche und von sozialen, so entsage er, der Staat könne keine Beamten versehen, der Kreis nicht. Im übrigen seien die Fürsorgeberechtigten durchaus mit der jetzigen Regelung zufrieden. Zudem sei die Zeit des Bestehens der Bezirksfürsorge zu kurz, um ein abschließendes Urteil fällen zu können. Im übrigen soll man dem Bestreben, jeder Institution die Selbstverwaltung zu geben, nicht allzu sehr huldigen, sonst bliebe vom Staate nichts mehr übrig. Redner erörtert dann noch die Stellung der Polizei zur Fürsorge und bemerkt, es sei auf, wenn die Polizei sich sozial einstelle. Die Sozialdemokratie läßt bei Erwägung aller Gründe keine Veranlassung, an den jetzigen Bezirksverbänden etwas zu ändern; sie lehne also den Antrag Rüger ab.

Gegen den Antrag erklärten sich dann noch, wie schon mitgeteilt, der Vertreter der Deutschen Volkspartei und der der Kommunisten.

Die vorgenommene Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages Rüger mit 13 gegen 8 Stimmen. Die große Aktion hat mit einem erheblichen Erfolge der Gegner des Antrages Rüger geendet.

Aufhebung der Immunität des Abg. Ritter

Behandelt. Ritter ist verdächtig, bei den bekannten Artikeln der „Arbeiterzeitung“ „Aus dem Sammel der Geldstrafen“ in denen der Minister des Innern schwer beleidigt wurde — es handelt sich um die bekannten Briefe Ritters an die Minister. — Abg. Dr. Mayer-Karlruhe erstattete den Ausschussbericht. Der Ausschuss beantragt Aufhebung der Immunität. Der Ausschuss war der Auffassung, daß die Immunität nicht dazu da sei, um unter ihrem Deckmantel alle möglichen strafbaren Handlungen zu begangen. — Abg. Haebler (Soz.) erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion dem Ausschussantrag zustimme. Es liege im öffentlichen Interesse, daß über jene gefälschten Briefe Aufklärung geschaffen werde. Auch Herr Ritter muß ein Interesse daran haben, seine schweren Behauptungen und Angriffe öffentlich zu beweisen. — Abg. Bod (Komm.) „stellt fest“, daß die Verdachtsmomente gegen Ritter unbearbeitet sind. Es handle sich um eine tranthafte Sucht, Kommunisten dem Richter auszuweifen. Die gegenwärtige Demokratie sei eine Scheindemokratie. — Generalstaatsanwalt Dr. Seiner teilt mit, daß sich Material erheben lasse, wonach eine Befragung der im Bericht und der Redaktion hauptbeteiligten Personen vor der Veröffentlichung jener Artikel stattgefunden hätte. Ritter gehört zu diesen Personen. Es besteht somit der Verdacht, daß Ritter an der Abfassung jener Artikel mitbeteiligt war, oder doch von der Veröffentlichung Kenntnis hatte. — Abg. Seiner (Land.) hält die Aufhebung der Immunität für beschwerlich, zumal die Zeugnisperiode des Landtags fast zu Ende sei. Die Landtagsfraktion ist gegen den Ausschussbericht. — Abg. Dr. Gadow (Dem.) tritt dem Bericht des Ausschusses bei. — Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Bod (Komm.) und des Justizministers Traut, der feststellte, daß Ritter in dem begründeten Verdacht stehe, bei der Veröffentlichung der gefälschten Briefe, Mittäter sei, und des Berichtserstatters, wird der Antrag des Ausschusses angenommen.

Uebernahme der Rheinbäder durch den badischen Staat

Eine Denkschrift des Finanzministers behandelt die künftige Verwaltung und den Betrieb der badischen staatlichen Badeanlagen. Ueber die Beratung und Beschlußfassung der Denkschrift im Haushaltsausschuss berichtet Abg. Seubert. Es handelt sich bei den Anlagen in Mannheim um ein Anlagekapital von rund 22 Millionen, in Rheinau von rund 1 Mill. in Reckl einschließlich des Elektrizitätswerkes, das an das Badenwerk angeschlossen werden soll, um rund 12 Millionen. Da diese Anlagen gemäß dem Staatsorganisationsgesetz der Reichsbahnen dem Uebertrag an das Reich ausgenommen werden können, würde das obige Anlagekapital von dem Reich zu erhaltenden. Abg. Seubert schlägt vor, daß die badischen Ausgaben für diese Betriebsbetriebe werden im ordentlichen Haushalt auf 952 000 Mark jährlich geschätzt. Die Einnahmen aus diesen Anlagen auf 1,265 Mill. Mark, doch werden zur Instandhaltung der Bäder in den nächsten Jahren im außerordentlichen Haushalt erhebliche Mittel angefordert werden müssen. Der Landtag wird daher ersucht, zur Ausbesserung der Hafenohle und Tiefseelauna der Fundamente der Quai-Mauern im zweiten Nachtrags sofort eine Summe von 500 000 Mark zu bewilligen. Während aus nachliegenden Gründen der Reher haben vorerst noch unter der Verwaltung des Reiches verbleibt, soll in Mannheim eine eigene Badeverwaltung eingesetzt werden. Der Eisenbahnbetrieb soll auf Grund eines besonderen Betriebsvertrages durch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ausgeübt werden. Der Ausschuss beantragt, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen. — Abg. Duffner (Z.) bemängelt, daß man hier große Summen zur Verfügung habe, aber kein Geld habe, um die Hochbauten zur Fertigstellung der Bahn Tilsche-Seeburg fertigzustellen. — Finanzminister Dr. Köhler erklärt, daß der Landtag wohl in diesem Monat noch Gelegenheit haben werde, zur Fertigstellung jener Bahnstrecke Stellung zu nehmen. — Der Antrag des Haushaltsausschusses wird einstimmig angenommen.

Kommunitische-Anfrage

Abg. Bod (Komm.) beantragt zwei förmliche Anfragen; die eine betrifft die Amnestie und Behandlung politischer Gefangenen, die andere Mißstände in der Irrenabteilung der Strafanstalt Bruchsal. In der ersten Anfrage wird die Regierung ersucht, ob ihr bekannt sei, daß die für den Amtsantritt des neuen Präsidenten vorgesehene Amnestie noch nicht erlassen sei, und daß diese nach den bisherigen Mitteilungen nicht auf alle politischen Verurtheilten ausgedehnt werden soll; es wird weiter gefragt, welche Schritte die Regierung unternommen habe, um diese Amnestie zu beschleunigen; im weiteren verlangt die Anfrage, daß künftig allen politischen Gefangenen die Ueberzeugungsmomente aufzuheben werden können, welche die Strafanstalt Bruchsal erheben, in schweren Irrenabteilungen unbeschäftigte Mißstände beseitigen sollen. Mißhandlung an Gefangenen sollen an der Tagesordnung sein. Obermedizinalrat Dr. Riffel soll jeder Beschwerde, die an Verwandte oder an Justizministerium gerichtet werden, gewaltsam unterdrücken. — Der Redner verlangt eine Landesamnestie. Die von der Reichsregierung geplante Amnestie werde auch von

Uebernahme der Rheinbäder durch den badischen Staat

Eine Denkschrift des Finanzministers behandelt die künftige Verwaltung und den Betrieb der badischen staatlichen Badeanlagen. Ueber die Beratung und Beschlußfassung der Denkschrift im Haushaltsausschuss berichtet Abg. Seubert. Es handelt sich bei den Anlagen in Mannheim um ein Anlagekapital von rund 22 Millionen, in Rheinau von rund 1 Mill. in Reckl einschließlich des Elektrizitätswerkes, das an das Badenwerk angeschlossen werden soll, um rund 12 Millionen. Da diese Anlagen gemäß dem Staatsorganisationsgesetz der Reichsbahnen dem Uebertrag an das Reich ausgenommen werden können, würde das obige Anlagekapital von dem Reich zu erhaltenden. Abg. Seubert schlägt vor, daß die badischen Ausgaben für diese Betriebsbetriebe werden im ordentlichen Haushalt auf 952 000 Mark jährlich geschätzt. Die Einnahmen aus diesen Anlagen auf 1,265 Mill. Mark, doch werden zur Instandhaltung der Bäder in den nächsten Jahren im außerordentlichen Haushalt erhebliche Mittel angefordert werden müssen. Der Landtag wird daher ersucht, zur Ausbesserung der Hafenohle und Tiefseelauna der Fundamente der Quai-Mauern im zweiten Nachtrags sofort eine Summe von 500 000 Mark zu bewilligen. Während aus nachliegenden Gründen der Reher haben vorerst noch unter der Verwaltung des Reiches verbleibt, soll in Mannheim eine eigene Badeverwaltung eingesetzt werden. Der Eisenbahnbetrieb soll auf Grund eines besonderen Betriebsvertrages durch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ausgeübt werden. Der Ausschuss beantragt, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen. — Abg. Duffner (Z.) bemängelt, daß man hier große Summen zur Verfügung habe, aber kein Geld habe, um die Hochbauten zur Fertigstellung der Bahn Tilsche-Seeburg fertigzustellen. — Finanzminister Dr. Köhler erklärt, daß der Landtag wohl in diesem Monat noch Gelegenheit haben werde, zur Fertigstellung jener Bahnstrecke Stellung zu nehmen. — Der Antrag des Haushaltsausschusses wird einstimmig angenommen.

Kommunitische-Anfrage

Abg. Bod (Komm.) beantragt zwei förmliche Anfragen; die eine betrifft die Amnestie und Behandlung politischer Gefangenen, die andere Mißstände in der Irrenabteilung der Strafanstalt Bruchsal. In der ersten Anfrage wird die Regierung ersucht, ob ihr bekannt sei, daß die für den Amtsantritt des neuen Präsidenten vorgesehene Amnestie noch nicht erlassen sei, und daß diese nach den bisherigen Mitteilungen nicht auf alle politischen Verurtheilten ausgedehnt werden soll; es wird weiter gefragt, welche Schritte die Regierung unternommen habe, um diese Amnestie zu beschleunigen; im weiteren verlangt die Anfrage, daß künftig allen politischen Gefangenen die Ueberzeugungsmomente aufzuheben werden können, welche die Strafanstalt Bruchsal erheben, in schweren Irrenabteilungen unbeschäftigte Mißstände beseitigen sollen. Mißhandlung an Gefangenen sollen an der Tagesordnung sein. Obermedizinalrat Dr. Riffel soll jeder Beschwerde, die an Verwandte oder an Justizministerium gerichtet werden, gewaltsam unterdrücken. — Der Redner verlangt eine Landesamnestie. Die von der Reichsregierung geplante Amnestie werde auch von

Uebernahme der Rheinbäder durch den badischen Staat

Eine Denkschrift des Finanzministers behandelt die künftige Verwaltung und den Betrieb der badischen staatlichen Badeanlagen. Ueber die Beratung und Beschlußfassung der Denkschrift im Haushaltsausschuss berichtet Abg. Seubert. Es handelt sich bei den Anlagen in Mannheim um ein Anlagekapital von rund 22 Millionen, in Rheinau von rund 1 Mill. in Reckl einschließlich des Elektrizitätswerkes, das an das Badenwerk angeschlossen werden soll, um rund 12 Millionen. Da diese Anlagen gemäß dem Staatsorganisationsgesetz der Reichsbahnen dem Uebertrag an das Reich ausgenommen werden können, würde das obige Anlagekapital von dem Reich zu erhaltenden. Abg. Seubert schlägt vor, daß die badischen Ausgaben für diese Betriebsbetriebe werden im ordentlichen Haushalt auf 952 000 Mark jährlich geschätzt. Die Einnahmen aus diesen Anlagen auf 1,265 Mill. Mark, doch werden zur Instandhaltung der Bäder in den nächsten Jahren im außerordentlichen Haushalt erhebliche Mittel angefordert werden müssen. Der Landtag wird daher ersucht, zur Ausbesserung der Hafenohle und Tiefseelauna der Fundamente der Quai-Mauern im zweiten Nachtrags sofort eine Summe von 500 000 Mark zu bewilligen. Während aus nachliegenden Gründen der Reher haben vorerst noch unter der Verwaltung des Reiches verbleibt, soll in Mannheim eine eigene Badeverwaltung eingesetzt werden. Der Eisenbahnbetrieb soll auf Grund eines besonderen Betriebsvertrages durch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ausgeübt werden. Der Ausschuss beantragt, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen. — Abg. Duffner (Z.) bemängelt, daß man hier große Summen zur Verfügung habe, aber kein Geld habe, um die Hochbauten zur Fertigstellung der Bahn Tilsche-Seeburg fertigzustellen. — Finanzminister Dr. Köhler erklärt, daß der Landtag wohl in diesem Monat noch Gelegenheit haben werde, zur Fertigstellung jener Bahnstrecke Stellung zu nehmen. — Der Antrag des Haushaltsausschusses wird einstimmig angenommen.

Kommunitische-Anfrage

Abg. Bod (Komm.) beantragt zwei förmliche Anfragen; die eine betrifft die Amnestie und Behandlung politischer Gefangenen, die andere Mißstände in der Irrenabteilung der Strafanstalt Bruchsal. In der ersten Anfrage wird die Regierung ersucht, ob ihr bekannt sei, daß die für den Amtsantritt des neuen Präsidenten vorgesehene Amnestie noch nicht erlassen sei, und daß diese nach den bisherigen Mitteilungen nicht auf alle politischen Verurtheilten ausgedehnt werden soll; es wird weiter gefragt, welche Schritte die Regierung unternommen habe, um diese Amnestie zu beschleunigen; im weiteren verlangt die Anfrage, daß künftig allen politischen Gefangenen die Ueberzeugungsmomente aufzuheben werden können, welche die Strafanstalt Bruchsal erheben, in schweren Irrenabteilungen unbeschäftigte Mißstände beseitigen sollen. Mißhandlung an Gefangenen sollen an der Tagesordnung sein. Obermedizinalrat Dr. Riffel soll jeder Beschwerde, die an Verwandte oder an Justizministerium gerichtet werden, gewaltsam unterdrücken. — Der Redner verlangt eine Landesamnestie. Die von der Reichsregierung geplante Amnestie werde auch von

Massenmörder Angerstein vor Gericht

Limburg, 9. Juli. (Eig. Bericht.) Am vierten Verhandlungstag des Angerstein-Prozesses erschienen zunächst die Zeugen, die den Angeklagten nach seiner Überführung ins Krankenhaus vorkamen und seinem Geständnis bewohnten. Amtsgerichtsrat von **Hemstedt** aus Dillenburg, der zur Gerichtskommission gehörte, die am Abend der Mordtat an den Tator gerufen wurde, erwähnt in ausführlicher Darstellung u. a., daß er dem Angeklagten bei der zweiten Vernehmung vorgehalten habe, die Tat könne unmöglich von einer 20köpfigen Bande ausgeführt worden sein. Angerstein habe sich auf die Fragen zunächst ablehnend verhalten und gesagt: „Ich verstehe Sie nicht.“ Als dann der Zeuge dem Angeklagten mitteilte, daß seine Frau tot sei, habe Angerstein gesagt: „Meine arme Frau“. Der Zeuge hatte nicht den Eindruck, daß die Angaben echt waren. Er sagte Angerstein auf den Kopf zu: „Die Art, wie Sie zu dem Tode Ihrer Frau Stellung nehmen, beläuft Sie.“ Der Zeuge hielt dann Angerstein vor, daß er Unterstellungen bezogen und zur Verdeckung der tatsächlichen Mittel angriffen habe. Angerstein habe das nach wie vor leibhaftig bestritten. Daraufhin bemühte sich der Richter erneut, ein Geständnis von Angerstein zu erhalten. Da das aber nicht gelang, beschloß die Untersuchungskommission, Angerstein den Leiden gegenüberzustellen, die in einem Gerichtenhause verbracht werden. Es spielte sich dabei dann die Szene ab, daß Angerstein, als ihm die Leiche seiner Frau gezeigt wurde, hat, die Leiche höher zu heben. Angerstein blieb bei allem ruhig. Aber es erweckte den Eindruck, als ob nach dieser Vernehmung sich ein Gefühl der Erleichterung bemerkbar machte.

Die Aussage des Polizeiaffizienten **Wagner** geben ein Bild davon, wie Angerstein zu dem Geständnis reif wurde. Angerstein hatte drei Revolver im Besitz. Der Polizeibeamte **Reichert** aus Dillenburg erzählt, wie Angerstein den Kampf mit seiner Frau schilderte, als er sie tötete. Zunächst bedrohte Angerstein seine Gattin mit einem Revolver. Es packt ihn eine starke Erregung und er holte sich seinen Fingerring. Als er sich damit seiner Frau näherte, habe diese gerufen: „Trit, Du bist der Mörder, Du erstichst Deine eigene Frau“. Angerstein habe berichtet, wie er dann in den Keller ging, wo er das Weib holte, mit dem er die Hühner für seine Frau schlachtete. Damit wollte er die Frau erschlagen. Das sei alles aus Wut gewesen, er habe es nicht mehr ertragen können, daß sich seine Frau alles am Munde absparte für seine Schwägerin. Angerstein sprach damals auch davon, daß seine Frau und er freiwillig aus dem Leben scheiden wollten. Seine Frau sei aber nicht damit einverstanden gewesen, „denn dann bist Du ein Mörder. Während ich in den Himmel komme, kommst Du in die Hölle“.

Dann folgte die mehr als 1½stündige Vernehmung des **Bruders der Angeklagten**. Der 46jährige **Max Angerstein** ist Kasseler-Direktionsrat in Essen. Er berichtet zunächst ausführlich über die Familienverhältnisse. Mit großer Ausführlichkeit erzählt der Zeuge viele Einzelheiten und Erlebnisse, die er gelegentlich seines Aufenthalts in Dillenburg beobachten konnte. Am 1. Dezember abends bekam der Zeuge ein Telegramm, das der Bruder überfallen worden sei. Bald danach meldete eine zweite Depesche: „Bruder verunglückt, sofort kommen“. Als der Zeuge dann im Eisenbahnzug sah, las er bereits in der Zeitung, daß sich Furchtbares ereignet hatte. Bei der Ankunft in Dillenburg konnte er sich nicht sofort zu seinem Bruder ins Krankenhaus begeben, weil man ihn nicht vorließ. Er ging dann mit ins Haus. „Es war sehr schrecklich, tieferschütternd, alles kam mir wie ein Traum vor, den ich durchgemacht habe“, so sagt der Zeuge. Während seiner Ausführungen ist der Angeklagte in niedrigerer Stellung da und hält den Kopf in seiner linken Hand geküßt. Der Zeuge schildert, wie er sah, daß man den verletzten Bruder auf einer Bahre zum Gartenhaus brachte zur Gegenüberstellung mit den Leichen. Dabei habe er sich gesagt: „Daran erkenne ich meinen Bruder, sein letzter Wunsch ist, seine Kette noch einmal zu sehen.“ Aber es war bittere Täuschung. Als man dem Zeugen dann den Verdacht, den man gegen seinen Bruder hegte, äußerte, sagte er wiederholt, daß das ganz ausgeschlossen sei, sein Bruder könne so etwas nicht getan haben. Als er seinen Bruder dann wieder sah, fand er einen fremden Menschen vor, mit tief eingetroffenen Augen. „Trit, Trit, kennst Du mich“, fragte er den Angeklagten, und „Max“ antwortete es schwach zurück. Als die Brüder dann eine Weile allein waren, sagte der Angeklagte: „Ich bin es, wenn ich habe es getan, ich habe alle acht umgebracht, ich war der Mörder.“ Dabei habe sich Angerstein mit klaren Augen vor ihm und auch nicht durch die gebührende Angewandtheit des „Mörder-Tageblatts“ aufhalten. Im Gegenteil, die Schmarren, die das „Mörder-Tageblatt“ durch den

sich Angerstein bei Begehung der Tat nicht im Zustand der Bewußtlosigkeit oder krankhaften Störung der Geistestätigkeit befunden habe und somit die Strafbarkeit der Tat, die § 51 auf ihn nicht anwendbar wären. — Das Gericht wird am Montag die Plaidoyers entgegennehmen und voraussichtlich am gleichen Tage das Urteil fällen.

Kleine badische Chronik

Frosheim. Ein hiesiger 30jähriger verheirateter Kaufmann hat sich in seiner Wohnung erhängt. Die Ursache des Selbstmordes soll in Unregelmäßigkeiten, die er sich in seiner Stelle zu schulden kommen ließ, zu suchen sein.

Wannheim. In der **Redarhald** hat sich ein 78 Jahre alter verwitweter Glasfensterer erhängt. Ein unheilbares, schmerzhaftes Leiden soll die Ursache der Tat sein. — Gestern abend suchte ein lediger 27jähriger Freiseur in der **Abstich**, sich das Leben zu nehmen, von der Friedrichsbrücke aus in den **Redar** zu springen. Von Passanten wurde er daran gehindert. Grund der Tat angeblich Willeloshheit.

Wannheim. Wegen Kontrabandverbrechen wurde der Tabakwarenhändler **Eugen Müller** er, wegen Betrag der Tabakhändler und Zigarrenhändler **G. A. Ringswald** festgenommen.

Gundelfingen. Ein mit vier Personen besetztes Auto fuhr infolge Bruchs der Steuerachse in den Straßengraben. Der den Wagen steuernde Mann sowie eine Dame mit ihrem Kind erlitten nicht unbedeutende Verletzungen.

Vörsch. In **Schönau** wurde kürzlich ein Bassant von einem tollwutverdächtigen Hund gebissen, ebenso in **Wambach** ein Mädchen und gleichfalls im **Abenbach** einige Kinder. Die betreffenden Hunde sind in **Vörsch** bei der **Waldschnecken** Sammlung der Hundebesitzer in **Vörsch** hat die **Waldschnecken** Sammlung die Geldstrafe für die Weiger herrenlos umherlaufender Hunde von 25 Mark auf 3 Mark herabgesetzt. Für Hunde, die ohne Maulkorb angetroffen werden, beträgt die Geldstrafe das Dreifache.

Einer der nächsten wichtigsten Zeugen ist der **Verdauwarter August Mis** aus Dillenburg, der zusammen mit Angerstein tätig war. Dieser entdeckte im November, daß von Angerstein im Oktober für Zahlungen an eine Gemeinde 4500 M verbucht waren, während die Gemeinde nur 500 M im Monat zu erhalten hatte. Es drehte sich dabei um Grundstückskäufe. Nach dieser Feststellung stellte der Zeuge Angerstein zur Rede. Er ließ ihm dann mehrere Tage Zeit, kam aber am Samstag vor der Tat noch einmal auf die falschen Eintragungen zurück und erklärte Angerstein, daß er die Sache nicht mitmache. Die Nachprüfungen hätten dann später ergeben, daß tatsächlich Beträge unterschlagen worden waren. Der Zeuge kann nicht sagen, ob Angerstein wußte, daß er, Mis, am Montag nachmittags, also dem Tage der Tat, nach Wissen a. d. Sieg zur Hauptfirma fahren wollte. Der Zeuge meint, es sei sehr undenkbar von dem Angeklagten, zu behaupten, daß er nicht ordnungsgemäß gelohnt worden sei; im Gegenteil, die jetzige und frühere Firma, die den Angeklagten beschäftigte, hätten mehr als nötig getan. **Bankdirektor Vaux** aus Dillenburg teilt das Revisionsergebnis des **Privat** Angerstein mit. Angerstein hat private Arbeiten und private Anschaffungen seiner Firma berechnet, eine Quittung gefälscht, zwei Originalrechnungen sind verschwunden, eine Reihe von Beiträgen sind doppelt gebucht. Für das erste Halbjahr 1924 ergibt sich in Angersteins Büchern ein **Rechnungsbetrag** von 8846 M.

Die nächsten Zeugen bringen zur Sprache, daß im Besitz des Angersteinischen Hauses **Wiese** gefunden wurde, deren Bestand die Annahme rechtfertigt, daß es sich um **Wahrentz** des **Journal** und des **Kaltenbuches** gehandelt habe, die Angerstein besaß. Der Angeklagte bestritt aber, diese Bücher verbrannt zu haben. Die Verhandlungen werden dann auf Freitag vertagt.

Limburg, 11. Juli. In der heutigen Verhandlung gegen den Massenmörder Angerstein wurde nach Beendigung der Zeugenvernehmung und der Vernehmung der Sachverständigen eingetreten. Sämtliche Gutachter vertreten den Standpunkt, daß

Republikanertag in Rastatt

Aus der näheren und ferneren Umgebung treten heute und morgen die Reichsbannerleute die Reise in die ehemalige Festung Rastatt zu begeben und auf neue dem **Bekanntnis zur republikanischen Staatsform** in feierlicher Weise abzugeben. Mächtig Reichsbannermann dient in der ehemaligen Festung seine Willkür ab und feiert Rastatt mehr oder weniger nur von dieser etwas schlechten Seite. Doch wird er finden, daß sich auch in Rastatt manches und vieles geändert hat.

Der verlorene Krieg hat Rastatt mit einem Schläge in eine andere Lage versetzt. Das so manchen Leuten aus Profiteureffekten herzlich willkommenen Militär mußte von heute auf morgen dem feindlichen Diktat weichen. Beinahe die und leer sah es in jener Zeit, im Anfang des Jahres 1919, in Rastatt aus. Viele von denen, die heute schon wieder mit allen Mitteln die alten herrlichen Zeiten, die alte militärische Glanzfülle Rastatts herbeizuführen bestrebt sind und mit **Schnitz** die „alte alte Zeit“ unter der Sonne hoher militärischer Profiteure wieder zu verleben wünschen, haben in jenen Tagen nicht schnell genug umzuden können, oder haben sich feige in die vielgeliebten „Mantelöcher“ vertrocknet. In allen Wipfeln ist aus, so dachten jene Leute, die sich heute nicht genug **vaterländisch**, **treu**, **deutsch** und **national** genug aufspielen können und allen Leuten die vaterländische und nationale Gesinnung abspreiben, die sich heute offen und ohne Scheu zur republikanischen Staatsform bekennen. Dank der bejohnten Haltung der **Arbeiter** schaft einerseits und der anerkanntesten **Bürger** schaft andererseits der großen Teile der Rastatter **Bürger** schaft auf der anderen Seite, ließ sich die schwierige **Uebergang** zeit von der ausgeprochenen und in der Hauptsache auf das Militär eingestellten **Garnison** schaft in den Charakter einer **Industrie** stadt leicht überwinden, wenn auch manchmal die Wellen des politischen und wirtschaftlichen Kampfes ziemlich hoch gingen. Ein großer Teil dieses Erfolges darf auf das Konto unseres **Stadtoberhauptes** gebucht werden. Diese **Tat** sache festzustellen ist um so erfreulicher, weil die **rechts** gerichteten Kreise dem Herrn **Oberbürgermeister August Meiner** seine engherige republikanische Haltung und seine, sowie seiner beiden Söhne **Burg** eierigkeit zum Reichsbanner gar nicht vergehen können.

Von einigen kleineren Schwankungen abgesehen darf auch von Rastatt festgesetzt werden, daß die politischen Parteien der Weimarer Koalition bei allen Wahlen seit 1919 den Extremen von rechts und links gegenüber stets in der überwiegenden Mehrheit geblieben sind. Trotz dieser **Tat** sache sind aber die **rechts** gerichteten Kreise unter der Führung der ehemaligen Offiziere wie überall so auch in Rastatt immer anmaßender und frecher geworden. Die Herrschaffen glauben, auch in Rastatt die Zeit für gekommen, die alte verachtete Herrlichkeit wieder aufzurufen, und dann gibt es viele sogenannte „**Unentwegte**“ auch in Rastatt, die sich von den nationalen und vaterländischen Gesinnung und mit allerhand Versprechungen ins nationalitätliche Schlepptau nehmen lassen, denen 1918 und 1919 bekanntlich nichts radikal genug gemacht werden konnte.

Es war deshalb auch für die **Republikaner** in Rastatt eine Selbstverständlichkeit, diesen nationalitätlichen Wellen mit der Gründung des Reichsbanners **Schwarz-Rot-Gold** einen republikanischen Damm entgegen zu setzen. Nach eingehenden Vorbereitungsarbeiten eines von den maßgebenden politischen Parteien eingeschickten **Ausschusses** konnte im Oktober vorigen Jahres die Gründungsversammlung der Ortsgruppe vorgenommen werden, der gleich 400 aktive und passive Mitglieder beigetreten sind. Durch die tatfächliche Führung der neu gegründeten Ortsgruppe durch den klugen und passiven **Waldschnecken** hat die Ortsgruppe der inneren und äußeren Aufbau ohne besondere **Krisis** überstanden und bedeutet dieselbe heute schon ein starkes **Bolks** recht gegenüber den nationalitätlich-monarchistischen Anstürmen in Rastatt.

Das bisherige Wirken des Reichsbanners in Rastatt und die **Tat** sache, daß die Ortsgruppe am morgigen Sonntag schon ihr neues **Banner** einweihen kann, gibt zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß auch in Rastatt der Boden der Republik mehr und mehr gefestigt und die Wäme der nationalitätlich-monarchistischen **Altenwelt** bezwungen wird in Rastatt nicht in den Himmel wachen! werden. Der **Wort** marsch des Reichsbanners und sein wachsendes Ansehen war auch nicht durch die gebührende Angriffe des „**Mörder** Tageblatts“ aufhalten. Im Gegenteil, die **Schwarz** roten, die das „**Mörder** Tageblatt“ durch den

„**Arbidolin** Hanemann“ gegen das Reichsbanner losließ, stärkten nur die Reihen und ließen die Kameraden um so enger zusammenhängen.

Die Ortsgruppe Rastatt darf sich freuen auf den 11. und 12. Juli und sie wird auch den Feinden der Republik zeigen, daß auch die Rastatter Reichsbannerleute mit ernstester Entschlossenheit im gegebenen Zeitpunkt ebenfalls mit in den Kampf für die Erhaltung der republikanischen Staatsform eintreten werden. Weder der morgige Tag in Rastatt beweisen, daß Deutschland nicht nur eine Republik ist, sondern auch **kampfbereite** **Republikaner** hat. In diesem Sinne seien die Kameraden aus Süd und Nord in Rastatts historischen Mauern aufs herzlichste willkommen! Ein herzlichstes Willkommen ganz besonders dem 1919 in Rastatt **Land** rathschafflich **Erst** schaffenen sehr verdienten **Genossen** **Staatspräsident** a. D. **Wilhelm Wios** (Stuttgart) und **Adolf Gabel** (Offenburg). Beide **Genossen** stehen im hohen Alter und haben für die Arbeiterbewegung und für die republikanische Idee schon sehr vieles mitmachen müssen. Beide **Genossen** sind auch sehr gute Kenner der Geschichte der Republik, in der den **Kämpfern** um die Rettung von 1848-49 jederzeit eine sehr ausgiebige und interessante Geschichte geschrieben, in der den **Kämpfern** um die Rettung Rastatt ein besonderes Kapitel gewidmet ist. Weder der morgige Tag auch den beiden alten **Freiheitskämpfern** zeigen, daß auch Rastatt in seiner überwindenden **Republik** und **Republikanern** besteht und ihr Wirken und Streiten nicht umsonst gewesen ist sowie das Blut der im Jahre 1849 vom Juli bis Oktober für die Freiheit **Ge** storbener nicht umsonst geflossen war.

Rastatt!

Welchen Republikaner schmilzt nicht die **Jornes** ader, wenn er an die durch die preussische **Soldateska** ermordeten **Freiheitskämpfer** in den **Sturm** und **Drang** jahren von 1848-49 denkt! **Welcher** Republikaner denkt nicht mit Grauen an all die **Scheu** licheiten, die sich beim preussischen **Kommiss**, in und hinter der **Mar** nattenmauer abspielten?

Rastatt die alte **Wand** festung; später als **Reich** festung weitergeführt und im Jahre 1892 **ge** schloß. Rastatt, in dessen Mauern am 7. März 1714 der spanische **Erfolg** krieg zwischen **Österreich** und **Frankreich** beendet wurde. Rastatt, der historische Ort des **Friedens** vertrages vom 9. Dezember 1797 **18** 23. April 1799 zwischen **Frankreich** und **Deutschland**, der **frucht** los endete. Rastatt, in dessen Mauern am 28. April 1799 2 **franzö** sische **Ge** sandten ermordet wurden. **Kur** zum das Rastatt, das in früheren Zeiten in seinen Mauern **Ver** brechen auf **Ver** brechen häufte, dessen **Fest** un durch den **Um** sturz am 9. November 1918 gänzlich **ge** sprengt wurden. In den **Kasernen**, wo einstmal ein Teil der deutschen **Jugend** militärisch **er** zogen und zum **Waffen** mord gebrillt wurde, wohnen heute **friedliebende** **Mens** chen, denen der **Gedanke** an die militärischen **Wacht** haber, die dort einstmal hausten, ein **Gr** euel ist, die fest einschließen sind, das alte Rastatt nicht mehr **er** leben zu lassen.

In Rastatt entwickelt sich heute **Industrie** und **Handel**. Die einstige **„Garnison** stadt“ wird in **ab** sehbare Zeit eine **Metrop** olis für **Handel** und **Industrie** werden. **W** ir dieser wirtschaftlichen **Ent** wicklung **sch** welen aber auch die politische **Demokratie** vorwärts. Die **Sch** wammate **ber** gangener **Zeiten** wird Rastatt überwinden durch den **Sieg** der **Demokratie**.

In den **Mauern** des neuen Rastatt treffen sich am Sonntag, 12. Juli, die **republikanischen** **Sturm** truppen, das **Reichsbanner** „**Schwarz-Rot-Gold**“. **A** m dem **Freiheitsdenkmal** wird der alte **Revolutions** soldat **Wilhelm Wios** den ermordeten **Freiheitskämpfern** und ihrer **Taten** für die **Republik** und **Demokratie** lobend **gedenken**.

An diesem **Freiheitsdenkmal** werden die **Sturm** truppen der **Republik** und **Demokratie** ihr **Gedächtnis** ablegen, daß sie, wenn es die **Feinde** wagen sollten **Hand** an die **republikanische** **Staats** form zu legen, dieselbe mit aller **Energie** und **Kraft** **verteidigen** werden.

In den **Mauern** Rastatts wird am Sonntag, den 12. Juli, die **Farbe** „**Schwarz-Rot-Gold**“ **triumphieren**. **Des** halb auf ihr **Reichsbanner** **Kameraden**! **Auf** ihr **Republikaner**! **Rastatt** muß am Sonntag die **Luft** sein.

Doch die **Republik**!
Ein **Hoch** den **republikanischen** **Staatsmännern**!
B. Koch.

Markt und Handel

* **Konkurs** eröffnung. Ueber das **Vermögen** der **Firma** **Grete** **Nebel** in **Rehl** am **Rhein**, **In** haberin **Karl** **Friedrich** **Nebel** **Cher** trau **Grete** geb. **Kuhmann** in **Rehl**, wurde das **Konkurs** verfahren **er** öffentl; ebenso über das **Vermögen** des **Oskar** **Müller**, **Sch** lößer- und **Mechaniker** **me** ster sowie **Fahr** radhandlung in **Bühl**; ferner über das **Vermögen** der **Firma** **Trit** **Teu** mer in **Rastatt**.

* **Mannheimer** **Produkten** böse vom 9. Juli. **Waisen** inf., ausl. 27-30, **Koagen** inf. 22.50-23, ausl. 23.50, **Waisen** gerste -, **Futtergerste** 21-22.50, **Hafer** inf. -, ausl. 20-22, **Weizen** mehl **Wais** Spezialmüll mit **Sad** **Zus** tillieferung 37.50, **des** gleichen **August** und **September** 36-37, **Koagen** mehl mit **Sad** **Zus** tillieferung 28.50, **Rob** udermehl 28, **Kaffinerie** mehl 28, **Heu** und **Stroh** un**er** ändert. **Weizen** kiste 12 bis 12.25, **Mais** mit **Sad** 21-21.50, **Koagen** treiber mit **Sad** 16 bis 16.50, **Weizen** brotmehl **August** und **September** 27.25-28, **Koagen** mehl 31-32, **Raps** 42-42.50, **Tendens** **Italien**.

* **Mannheimer** **Wochen** markt vom 9. Juli. 72 **Kälber** 70-72, 64-68, 58-62, 55-58; 23 **Schafe** nicht **notiert**, 190 **Schweine** 78-80, 78-80, 80-82, 77-79, 66-72; 733 **Ferkel** und **Käufer** 19-41; **Markt** **verlauf**: **Wit** **Kälber** **rubia** **Ueber** land, **Schweine** **rubia** nicht **geräumt**, mit **Ferkeln** und **Käufern** **mittel** **mäßig**.

* **Bad. Tabak** bau- und **Verwertung** **A. G.** **Rehl**. **Nach** der **vorge** legten **Gewinn**- und **Verlust** rechnung für das **Geschäfts** jahr 1924 beträgt der **Re** in **gewinn** der **Gesellschaft** 35 557 **Reich** smark. **D** ier von werden 6557 **RM** auf **neue** **Rechnung** **vorge** tragen, während 25 000 M **Di** vidende und 4000 M **Tan** ssumen **aus** besahlt werden. **D** ie zur **Aus** schüttung **an** gelangende **Di** vidende beträgt 10 **Prozent**. **Nach** der **vorge** legten **Bilanz** ist der **Tabak** **kon** trat auf **Tab** restende 1924 mit 1 382 140 **RM** zu **be** werten. **D** ie **Bilanz** und die **Gewinn**- und **Verlust** rechnung wurden durch die **General** **ver** sammlung **ein** stimmig **genehmigt**.

Der **heutige** **Nummer** des „**Volks** **freund**“ ist die **acht** seitige **Bilder** beilage
„**Woll** und **Zeit**“
der 28. **Woche** **beigelegt**.

Pianos-Harmoniums erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen **Karl Lang** **Kaiserstrasse 167/1** **Telefon 1078** **Salamander-Schuhbau**

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Groberer

Von Martin Andersen Nexø

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Na, was ist denn das für ein Unfuss!“ rief sie aus und drückte ihn wieder in den Stuhl nieder. „Es ist ja nicht viel, was ich zu bieten hab', aber lang man zu!“ Sie drückte ihm ein Messer in die Hand und schob ihm eifrig die Speisen hin. Ihre ganze Gestalt strahlte Wärme und Herzengüte aus, wie sie da dicht über ihm gebeugt stand und um ihn beschäftigt war. Und Lasse genoss das.

„Du bist deinem Mann wohl eine gute Frau gewesen“, sagte er.

„Ja, das ist ein wahres Wort!“ sagte sie, indem sie sich hinsetzte und ihn offenherzig ansah. „Er hat alles getrieben, was er fordern konnte, und zwar reichlich, wenn er an Land war. Er lag bis Mittag, und ich pflegte ihn wie ein kleines Kind. Aber auch nicht eine Handreichung gab er mir dafür — denn kriegt man es zuletzt ja auch satt.“

„Das war unrecht von ihm“, sagte Lasse, „denn die eine gute Tat soll die andere herbeiführen. Ich glaub' nicht, daß Bengta mir so was nachsagen könnte, wenn sie gefragt würde!“

„Ja, da ist weiß Gott viel in einem Haus zu tun, wenn der Mann sonst danach ist, daß er den Willen hat zu helfen. Ich hab' ja man bloß eine Kuh, denn mehr kann ich nicht überkommen; aber zwei könnten hier gut gehalten werden, und Schulden stehen nicht auf dem Haus.“

„Ich bin ja man bloß ein armer Teufel gegen dich!“ sagte Lasse niedergebunden. „Ich hab' wohl alles in allem funfzig Kronen, und ordentliches Zeug haben wir beide auf 'n Leib, aber außerdem hab' ich nichts als ein paar tüchtige Häufte.“

„Das ist ja auch viel wert. Und ich weiß ich dich verzeihen kann, bist du wohl nicht davor bange, einen Eimer Wasser oder so was zu holen?“

„Ne, das bin ich nicht. Und ich bin auch nicht bange vor 'ner Tasse Kaffee im Bett an Sonn- und Festtagen.“

Sie lächelte ihn an. „Denn soll ich wohl einen Kuh haben!“ sagte sie.

„Ja, das sollst du!“ sagte Lasse fröhlich und küßte sie. „Und denn müssen wir auf Glück und Segen für uns alle drei hoffen. Das du den Jungen leiden magst, weiß ich ja!“

Es war noch allerlei zu bereden, man mußte Kaffee trinken, und Lasse sollte die Kuh und die Einrichtung des Hauses sehen. Währenddessen war es spät geworden.

„Du mußt dich lieber so einrichten, daß du die Nacht hier bleibst“, sagte Madam Olsen.

Lasse stand da und schwankte — der Junge lag zu Hause allein, und er mußte um vier Uhr auf dem Hofe sein. Aber draußen war es kalt, und hier war es traulich und warm in jeder Beziehung.

„Ja, denn muß ich das wohl lieber tun“, sagte er und legte wieder ab.

Als er sich gegen vier Uhr von hinten in den Kuhstall hineinschlich, brannte die Laterne noch in der Kammer. Lasse glaubte, er sei entdeckt, und begann zu zittern, es war unheimlich und unvorsichtig, eine ganze Nacht von den Kühen wegzubleiben. Aber es war nur Pelle, der zusammengekauert, völlig angesogen, auf der Kiste lag und schlief. Er war schwarz und geschwollen im Gesicht vom Weine.

Den ganzen Tag lag etwas Verschlissenes, heimatliche Feindliches über Pelles Wesen. Lasse litt darunter; es blieb ihm nichts übrig, er mußte mit der Sprache herausdrücken.

„Du is es abgemacht, du!“ sagte er endlich. „Wir kriegen Haus und Heim — und 'ne hübsche Mutter obendrein. Es is Madam Olsen. Bist du nu zufrieden?“

Pelle hatte nichts dagegen einzuwenden. „Darf ich denn das nächste Mal mitkommen?“ fragte er, noch ein wenig verstimmt.

„Das nächste Mal kommt du mit — ich denke mir, es wird Sonntag sein. Denn bitten wir uns früh frei und gehen auf Besuch.“ Lasse sagte das mit einem eigenen Schwung — er hatte sich abgerichtet.

Pelle kam am Sonntag mit, sie hatten vom Nachmittag an frei. Dann ging es fürs erste nicht wieder, sich frei zu bitten, aber Pelle sah ja seine künftige Mutter loszulassen jeden Tag. Für Pelle war die Sache schwieriger. Wenn die Sehnsucht nach der Braut ihn zu heftig überkam, ging er umher und puffed, bis Pelle eingeschlafen war, dann zog er sich an und schied davon.

Am Tage nach einer also verwichenen Nacht war er nicht mehr wert bei der Arbeit, er fiel über seine eigenen Füße. Aber seine Augen leuchteten jugendlich, als habe er einen heimlichen Bund mit den stärksten Mächten des Lebens geschlossen.

XVI.

Erit stand oben auf der Haupttreppe, mit hängenden Schultern, das Gesicht halb der Mauer zugewendet; dort stellte er sich jeden Morgen gegen vier Uhr auf; er stand da und wartete darauf, daß der Verwalter herabkommen sollte. Die Uhr war sechs, es hatte gerade angefangen zu dämmern.

Lasse und Pelle waren mit dem Ausmischen und der ersten Nützerung fertig, jetzt waren sie hungrig. Sie standen in der Tür zum Kuhstall und warteten darauf, daß die Hengstlade erschallen sollte; drüben in den Türen zum Pferdehals standen die Knechte und sahen ebenfalls sehnsüchtig aus. Als es eine Viertelstunde über die Zeit hinaus war, gingen sie auf den Keller zu, mit Karl Johan an der Spitze, Lasse und Pelle rückten ebenfalls aus und eilten nach der Gefindestube. Schnel nach dem Essen leuchtete ihnen aus den Augen.

„Na, Erit, nu woll'n wir runter und essen!“ rief Karl Johan im Vorbeigehen; Erit kam aus der Ecke bei der Treppe heraus und löffelte hinter drein hinunter. Im Magen fehlte ihm offenbar nichts.

Schweigend aßen sie den Herin — das Essen stopfte ihnen vollständig den Mund. Als sie fertig waren, klopfte der Großknecht mit dem Messerfiel auf den Tisch, und Karra kam mit zwei Schüsseln voll Suppe und einem Stapel Schmalzbrötchen.

„Wo is Bobil heute?“ fragte Gustav.

„Was weiß ich das? Ihr Bett stand heute morgen unbedeckt“, antwortete Karra hochmütig.

„Das sind ausgestunkene Lügen, du Fettwanst!“ sagte Gustav und schlug mit dem Vöfel auf die Tischplatte.

„Du kannst ja selbst in die Kammer gehen und nachsehen — den Weg kennst du ja“, sagte Karra spöttisch.

„Und was is heute in den Wirtschaftszehring gefahren, daß er sich läutet?“ sagte Karl Johan. „Hat keine von euch Mädchen ihn gesehen?“

„Ne, der verschläft wohl die Zeit!“ rief Bengta vom Braubaus herüber. „Aber las ihn man — ich hab' keine Lust, jeden Morgen hinaugehen und Leben in ihn reinzurütteln.“

„Solltest du nicht lieber hingehen und ihn wecken, Gustav?“ sagte Anders zwinkernd. „Am Ende sähest du was Amüßantes!“

Die andern lachten ein wenig.

„Wenn ich ihn wecken soll, so geschieht es mit diesem Käufelstrierer“, antwortete Gustav und zeigte ein großes Messer. „Denn, glaub ich, weiß Gott, ich nehme ihm seine Wirtemittel!“

Jetzt kam Kongstrup selbst herunter, er hielt ein Papier in der Hand und sah sehr munter aus. „Habt ihr schon die letzte Neuigkeit gehört, Leute? Hans Peter hat in nächstem Grauen und Finsternis Bobil entführt!“

„Herr Gott noch mal zu, fangen die Wiedelfinder nu auch schon an?“ rief Lasse unverfroren aus. „Ich muß wohl auf Pelle acht geben, daß er nicht mit Karra durchbrennt — sie hält es ja mit der Jugend.“ Lasse fühlte sich als Mann und war nicht bange, eine Bemerkung zu machen.

Hans Peter ist fünfzehn Jahre alt,“ sagte Kongstrup verweisend — „und in seinem Herzen raft die Leidenschaft.“

Er sagte das mit einem so drohenden Ernst, daß sie alle in ein Gelächter ausbrachen. Nur Gustav lachte nicht, er las da und zwinkerte mit den Augen und wackelte mit dem Kopf wie ein Betrunkener.

„Sört selbst, was er schreibt — dies lag auf seinem Bett.“ Kongstrup hielt ein Papier theatralisch vor sich hin.

„Wenn Sie dieses lesen, bin ich weit von hier; Bobil und ich haben beschlossen, diese Nacht zu entfliehen. Mein gestrenger Vater gibt nie seine Einwilligung zu unserer Verbindung, daher wollen wir das Glück unserer Liebe an einem Ort genießen wo uns niemand finden kann. Es ist ein großes Unrecht, nach uns zu suchen, denn dann haben wir beschloffen, lieber zu sterben als in die bösen Hände unserer Feinde zu fallen. Ich nehe dies Papier mit meinen und Bobils Tränen. Aber Sie, Herr Kongstrup, dürfen mich nicht verdammen wegen meines letzten, verzweifelten Schrittes, denn ich kann nicht anders um meiner großen Liebe willen.“ Hans Peter.

„Der liest offenbar Gesichtsblätter, der Bengel!“ sagte Karl Johan. „Der kann mal auf werden.“

„Ja, er kennt genau alles, was zu einer Entführung gehört,“ entgegnete Kongstrup verärgert. „Selbst eine Leiter hat er an das Fenster der Mädelkammer geschleppt — obwohl sie zur ebenen Erde liegt. Wenn er nur halb so gründlich in der Landwirtschaft wäre!“

(Fortsetzung folgt.)

Launiger Wunschzettel eines Reichstagsabgeordneten

Am Mittwoch stand der Etat des Reichstags auf der Tagesordnung des Reichsparlaments. Dieser Etat gibt den Herren R. d. R. die Möglichkeit und Gelegenheit, die Wünsche um Ausdrück zu bringen, die bei ihnen durch den Aufenthalt im Wallotthaus entstehen. Unser Genosse Dr. Moses hat seine Wünsche in humoristisch-patriotische Verse gekleidet, die sicher auch von unseren Lesern mit Vergnügen aufgenommen werden. Hier sind sie:

Ein alter Spruch, bekannt in aller Welt,
Nimm Spruch: „Erlaubt ist, was gefällt!“
Ich nahm des Hauses Bibel mir zur Hand,
„Gesäftsordnung“, so hat man's hier benannt.
Ja, was den Gläubigen die Bibel
Und was dem Schullehrer die Bibel,
Das ist dem Reichstag, wie bekannt,
Der Geschäftsordnungs-Paragrafen-Band.
Auf ihn schwört Löbe, Bell und Kiefer
Und Graf, der Del in's Feuer
Dort kennt sich Schulz und Dittmann aus,
Talmudisch sind sie da subaus!

Sie lehren jeden Ordnung haben:
Paragrafen! So heißt's geschrieben.
Doch nirgends find' ich in den Notizen:
„In Versen sprechen ist verboten!“
Und so verlass' ich heut' die altgewohnten Normen,
Trag' meine Wünsche vor in neuen Formen
Und grüße in Gebeten und Matamen
Des hohen Hauses werte Herr'n und Damen.

Zuerst sprech' ich es unumwunden aus:
Ertüchtig war's bisher in diesem hohen Haus.
Jedoch empfindet oft man es mit Pein:
Es wird zu eng jetzt alles und zu klein.
Es fehlt ja manches hier uns noch zur Zeit,
Zu stärken uns're Arbeitsfreudigkeit.
Zum Beispiel neben andern schönen Gaben
Müßt' jeder hier sein eigenes Zimmer haben
Und dies zum Wissensdrang im höchsten Stadio
Mit Anschluß dann an einen Radio.
Mit Sendung nicht vom Borhaus, doch von Luther,
Das war' für dieses Haus das richtige Futter.
Auch fänd' es jeder Volkvertreter schön,
Wüß' ihm ein Auto zur Verfügung steh'n.
Für Damen 'nen Chauffeur, für Herrn 'nen Chauffeurin
Und jedem eine nette, junge Sekretärin.

Es fehlt denn auch zur richtigen Volksbetreuung
Den Volkvertretern viel an geistiger Zerstreuung:
Frei Varietés und Kino und Theater,
Bierabend noch viel öfter mit und ohne Kater.
Und hätt' von unsern Wünschen Kenntnis Herr von Schlieben,
Er hätt' es längst in den Etat geschrieben.

Und weiter noch verlangt Berichtigung
Das oft mißbrauchte Wort „Erlüchtigung“.
Wir haben unten einen Zanderjaal,
Erholungsstätte ideal.
Mit allen obligaten
Erroben, guten Training-Apparaten
Zum Reiten, Rudern, Klettern, Schaukeln,
Da kann man andern nichts vorgeaulen.
Der Schaukelapparat empfiehlt sich dann und wann
Zur schärferen Benutzung so manchem Strebemann.

Am Box-Ring darf beileibe es nicht fehlen,
Westars und Lanzenens Muskelkraft zu stärken.
Erscheinen dann im Hause ihre Wähler
Aufwertung heissend, zornige Krakeeler,
Mit drohenden Fäusten, flammensprühenden Fäden,
Dann brauchen sie, wie längst, nicht ausszurücken:
Mit Boxkampftechnik gut und fest vertraut,
'nen Haken angelegt, schlägt man das Bad knock-out.
Nur eines ist dort noch vorzuden:
Die Psychotechnik ist hier nicht vertreten.
Solch Apparat wär' noch des hohen Hauses Stolz,
An dem könnt' man das diplomatische Genie von Scholz.

Verzeihung, wenn ich weiter davon spreche:
Es seiet bei manchem sich Gedächtniswache.
Nun gibt es Apparate, gibt Methoden,
Dies Uebel bis zur Wurzel auszuroden.
Herr Schiele wird durch Beifall mir bekunden:
Er hat ja selbst das Uebel arg empfunden.
Er hat erst jüngst erklärt, und zwar gebarnischt:
„Ja hecke Schiele und id weck von jarnisch!“
Noch einen Apparat vermiss' ich unten,
Und doch auch dieser ist ja schon erfunden:
„Wie bringt man Abgeordnete zur rechten Zeit zum Schweigen?“
Doch diesen Apparat kann nur die SPD Euch zeigen.
Wie toben sonst die Scholten, Rak unbesam,
Wie sieht man heute sie so mild und schweigsam
Patent Ruth Fischer-Apparat aus Othen!
Man sieht doch gleich: die Leute sind auf Posten!
Ruth drückt den Knopf, das tut die Reden hindern,
Denn sie nur hat den richtigen Komintern —
So! Das wär' nun zwar nicht alles
Was ich wünsch' und was ich möcht'!
Aber Deutschland hat den Dalles,
Die Finanzen stehen schlecht!
Will mich drum nicht unterfangen,
Auf die Wünsche zu besek'n.
Leidlich ist's bisher gegangen
Und so wird's noch weiter geh'n.
Höchstens wünsch' ich aus der Fülle
Kater Philipp noch 'ne Brille!
Rechts und links in der Mitte
Ist man einig heut' fürwahr:
Raum ist in der kleinen Hütte
Noch für uns so manches Jahr!

Bücherschau

Sämtliche hier bezeichneten Bücher sind durch die Volksbuchhandlung, Alsterstraße 43, Karlsruhe, zu beziehen.

I. 3. In den so sehr bewegten marokkanischen Kriegsjahren vermittelt uns die illustrierte Zeitschrift „Die I. 3.“ mit erstem Bildmaterial und Text einen guten Einblick. — Recht angenehm wirkt hierauf ein interessanter Ausflug in das ferne Ri a s, einer friedfertigen sonnigen Nachbarinsel von Sumatra mit alter, hoher Kultur. — Liebhaber des Sportes — und wer ist das heute nicht mehr oder weniger? — kommen in dieser Nummer besonders auf ihre Rechnung. — Wie immer, hat die Schriftleitung der „I. 3.“ auch diesmal für einen köstlichen, befreienden Humor reichlich gesorgt. — Es erubriert sich fast zu sagen, daß auch unsere Frauenwelt mit Mode, Schönheitsliteratur u. a. tüchtig bedacht wurde.

Der Weg zur Gesundheit, von Geheimrat Beerwald. 223 Seiten, Preis gebunden 2.60 M. Max Besses Verlag, Berlin W 15.

Durch den Krieg und die darauffolgenden Jahre hat die deutsche Volksgesundheit erheblichen Schaden gelitten und wir alle können davon ein Lied singen. Wie wir nun den Weg zur Gesundheit und damit zum Lebensglück zurückfinden können, was wir tun und lassen müssen, um uns gesund zu erhalten, oder es zu werden, das bringt in vorbildlicher Weise das Buch des bekannten Berliner Hygienikers. Es begleitet uns sozusagen auf unserem ganzen Lebensweg von der Wiege bis ins Greisenalter und gibt auf jeder Seite beherzige Ratslagen und leicht ausführbare Ratschläge für unser Wohlbefinden. Wie und womit wir uns ernähren sollen, wie wir Herz- und Stoffwechselfunktionen vermeiden, die Pflege der jungen Mutter und des Kindes, ob und welchen Sport wir treiben sollen, Pflege des älteren Menschen, Schlaf, Hygiene der geistigen Arbeit, Segen und Unsegen des Alkohols, das sind so einige der behandelten Themen: Kurz es gibt kein Gebiet der Lebensfähigkeit, das nicht ausführlich und sachgemäß behandelt wäre. Der Titel des Buches könnte auch heißen: **Die Kunst innig zu bleiben**, und wahrlich, wer in gesunden und kräftigen Tagen die gegebenen Ratschläge befolgt, wird diesen schönsten Wunsch aller Menschen nahezu erfüllt sehen. S. R.

Die Hohentwiesspiele. Mittwoch abend wurden die eigentlichen Freilichtspiele mit Hoftheater „Was ihr wollt“ als Abendaufführung eröffnet. In beispiellos glänzender Inszenierung und Durchführung bewiesen Regie und Darsteller prächtiges Wissen und Können.

Ruhland. In Zekaterininst ist ein großer Rundfunksender im Bau, der vorwiegend die Aufgabe haben wird, das gesamte russische Eisenbahnnetz mit den neuesten Tagesnachrichten der Welt und mit Unterhaltung und Wissen zu versorgen. In allen russischen Zügen werden Empfangsstationen eingebaut, um den Fahrenden die Möglichkeit einer dauernden Verbindung und einer Abwechslung zu ermöglichen.

Die verlogenen Angriffe des „Karlsruher Tagblatt“ gegen die Arbeiterfänger

werden selbstverständlich auch von der „Süddeutschen Zeitung“ übernommen, die nationalistische Bespanner arbeiten in immer einander in die Hände. Entsprechend der zeitlich noch tieferen Einstellung wie das „Karlsruher Tagblatt“ — was allerdings schon ein Kunststück ist — verleiht das Stuttgarter Nationalistenpapier den Arbeiterfängern noch einige Spezialbeiträge. Natürlich sind die Behauptungen der „Süddeutschen Zeitung“ genau so verlogen, wie jene seines Karlsruher Gesinnungsbruders. Wir können es uns, da die „Süddeutsche Zeitung“ das meiste, was sie in dieser Sache bringt, aus dem „Karlsruher Tagblatt“ abgeschrieben hat, versagen, nochmals zu schildern, wie sich die Dinge wirklich zugezogen haben, wir haben es in unserer Einleitung auf die Anzettelung des „Karlsruher Tagblatt“ bereits getan. Nur feststellen wollen wir, daß das „Karlsruher Tagblatt“ bis jetzt noch nicht das Anstandsgefühl aufgebracht hat, seine niederträchtigen Angriffe gegen die Arbeiterfänger, die am Samstag und Sonntag genau so Gäste in Karlsruhe waren, wie die Schützen, zuzugestehen und seine Unwahrheiten richtigzustellen. Ein Geschäftsfeindespaar gibt es also bei diesem Blatte Arbeiterfänger, selbst wenn sie aus dem besetzten Gebiete kommen, nicht. Das Blatt steht ruhig zu, daß keine Lügen und Verleumdungen von anderen Blättern übernommen und weiterverbreitet werden. Man hält es mit der eigenen Ehre, auf die man so peinlich bedacht ist, für unerläßlich, die Ehre anderer Leute zu beschmücken und zu beschandeln. Ein weiterer Beitrag zur Verbrüderung des linken Coaracterbildes des „Karlsruher Tagblatts“.

Dem Chefredakteur des „Karlsruher Tagblattes“, Herrmann v. Laer, wird uns zu unserer Mitteilung in dem Artikel „Das „Karlsruher Tagblatt“ auf dem Vormarsch“ in Nr. 155 vom 5. Juli, daß ein angesehener Saarländer Schütze, der sich am Samstagabend in seiner Begleitung im Stadigarten befunden haben soll, das Spiel der Nacht am Rhein veranlaßt habe, folgende Verächtlichkeit überliefert:

Es ist nicht richtig, daß sich an dem genannten Abend ein angesehener Schütze in meiner Begleitung befunden hat, der das Spiel der Nacht am Rhein veranlaßt.

Daß sich der Chefredakteur des von uns der Länge bezüchtigen Wortes selbst im Stadigarten befand wird also durch diese Verächtlichkeit und durch eine „zur Orientierung“ der Berichtung beifügte weitere Mitteilung bestätigt. Herr v. Laer legt also großen Wert auf die Korrektur irrtümlicher Mitteilungen. Und wir sind jetzt genug, eine unrichtige Meldung, auch wenn dieselbe noch so unwichtig und unbedeutend war, richtig zu stellen. Wo ist aber die Loyalität und Wahrheitsliebe im eigenen Blatt des Herrn v. Laer, im „Karlsruher Tagblatt“? Warum werden dort nicht die beleidigenden und unwahren Behauptungen gegen die Arbeiterfängergruppierungen aufgeführt? Warum läßt man zu, daß auf Grund der unwahren Mitteilungen des „Karlsruher Tagblattes“ nun in der nationalistischen Presse eine wüste Hebe gegen die Arbeiterfänger in Szene gesetzt wird? Daß ein Rammheimer Nachrichtenblatt sogar sich erdreisten kann, die Arbeiterfänger als „Auch-Deutsche“ und Separatisten zu bezeichnen?

Wir stellen nochmals fest: es ist unwahr, daß von Arbeiterfängern verurteilt wurde, den Saar-Schützen die schwarz-weißen roten Abzeichen abzunehmen, es ist unwahr, daß verlangt wurde, keine unheimliche Nieder zu spielen, es ist unwahr, daß gefordert wurde, es werde das Spiel der Marzifelle verlangsamt werden, und es ist schließlich unwahr, daß Schützen die Ruhe und Ordnung wiederherstellen mußten. Wird das „Karlsruher Tagblatt“ nun endlich die Wahrheit die Ehre geben und der Geschäftshabsucht der Arbeiterfänger gegenüber gerecht werden? Dürfen wir nun doch im Herrn Chefredakteur H. v. Laer wenigstens, der sich doch im Stadigarten befand und sich aus erster Quelle, nämlich von Schützen und Arbeiterfängern selbst orientieren lassen konnte, erwarten, daß er seinen für innewohnende Geschreibsel verantwortlichen Unternehmern veranlaßt, einen wahrheitsgetreuen Bericht über die Vorfälle im Stadigarten zu veröffentlichen?

Gerichtszeitung Schwurgericht Karlsruhe

In der Nachmittagskammer am Donnerstag der 5. Schwurgerichtsstagung stand der Freizehr Julius Heintz aus Pfotzheim-Brötlingen wegen

Meineids

unter Anklage. Der Angeklagte, der noch unbestraft ist und als fleißiger Mensch gilt, war unglücklich verheiratet. Seine Frau führte einen lieblichen Lebenswandel, was schließlich auch den Ehemann auf schiefe Bahnen trieb. Aus seinem Umgang mit Frauenpersonen gingen nicht weniger als 3 uneheliche Kinder hervor. Um die Unterhaltspflicht von sich abzuwälzen, kamen beide Eheleute überein, einen Ehevertrag abzuschließen, mit welchem das gesamte Vermögen der Ehefrau übergeben wurde. Als dann später die Ehe aus beiderseitigen Verschulden geschieden wurde, verständete der Angeklagte seinem Schwager Lens das ihm noch verbliebene Schlafzimmer zu verpachten, was ihm noch verbliebene Schlafstunde. Später stellte sich dann heraus, daß der mit Lens abgeschlossene Schulvertrag, nach welchem Heintz von seinem Schwager Lens 500 M als Darlehen erhalten haben wollte, und außerdem der Ehefrau verpachtet worden war, ein bloßes Scheinverhältnis war. — Das Gericht verurteilte Heintz zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt und ihm außerdem die Fähigkeit abgesprochen, wieder als Zeuge beeidigt, noch als Sachverständiger gehört werden zu können. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte ein reumütiges Geständnis ablegte, wurden ihm 2 Monate der erstinstanzlichen Unterzuchthausstrafe anzurechnen.

Der 3. Meineidsfall, der in der 5. Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung kam, betraf den Reichenberger Martin Klein aus Heinsheim, dem die Anklage vorwarf, bewußt in der Ehefalschungsverurteilung der Eheleute B. einen

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

1. Kameradschaft. (Mittwoch, Ostfisch, Rintheim.) Mittwoch, 15. Juli, abends 7.30 Uhr; Antritt: Reichsritter (Paktor). Republikaner-Tag in Rastatt. Die Kameraden, die per Rad nach Rastatt fahren, treffen sich am Sonntag morgen 6 Uhr am „Stühlen Strug“.

Briefkasten der Redaktion
G. 28. Ja, es ist ein Pas notwendig.

Valuta
nach dem Berliner Kurs vom 10. Juli 1925: Belgien 19.415 M per 100 Belg. Fr. Holland 168.10 M per 100 fl. Spanien 80.82 M per 100 Ptas. Schweiz 81.46 M per 100 Schweizer Fr. Italien 15.50 M per 100 Lire. England 20.390 M per 1 Pfd. Sterl. Schweden 112.00 M per 100 Kronen. Frankreich 19.71 M per 100 frs. Fr. Desterreich 99.055 M per 100 Schilling. Kiew 4.195 M per 1 Dollar. Slowakei 12.428 M per 100 Kronen.

Vorkaufliche Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
am 11. Juli 1925: heiter bis bewölkt, abends regnerisch, am 12. Juli: bewölkt, abends regnerisch, am 13. Juli: bewölkt, abends regnerisch.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach
Sterbefälle: Johanna Frida Ziver, geb. Näberin, 45 1/2 Jahre alt. Magdalene Giel, geb. Epineal, Ehefrau, 46 1/2 Jahre alt. Emil Friedric Karher, geb. Weisser, Witwe, 85 Jahre alt. Emil Friedric Tres, Kind, 12 Jahre alt. Friedrich Ferdinand Barthel, Kontrolleur, Ehemann, 63 Jahre alt. Luise Jantner, geb. Jolisch, Ehefrau, 68 1/2 Jahre alt. Max Otto Köhler, Kind, 3 Tage alt. Jakob Friedrich Leubler, prakt. Arzt, Ehemann, 67 Jahre alt. Friedrich Wilhelm Hochschild, Finanzinspektor, Ehemann, 69 Jahre alt.

Veranstaltungen des heutigen und morgigen Tages

Samstag, 11. Juli:
Wiener Operettenspiele im Konzerthaus: „Der fidele Bauer“, 7 1/2 Uhr.
Kaffee Odeon: Künstler-Konzert mittags und abends.
Palast-Lichtspiele: „Onkel James Erben“.
Exzellenz-Künstlerpiel: Jeden Abend 8 1/2 Uhr Kabarett mit Künstlerpielen in feinem Stil.
Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends.
Ausstellung des Lebensbedürfnisvereins im Kolosseum: 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.
Zentral-Lichtspiele: Kammermusik. Baby Peggy als Kostümtänzerin.
Stadigarten: Konzert der Polizeimuster. 1/4-6 Uhr.
Bürgerverein der Weststadt: Lindenblütenfest auf dem Gutenbergsplatz. 1/8 Uhr.
Schützenfest: Konzert 4-7 Uhr, Festkonzert 8-11 Uhr. Städtische Nacht.
Verteilerverein Durlach: 8-10 1/2 Uhr abends Konzert im Schloßgarten.

Sonntag, 12. Juli:
Wiener Operettenspiele im Konzerthaus: „Der fidele Bauer“, 7 1/2 Uhr.
Kaffee Odeon: Künstler-Konzert mittags und abends.
Palast-Lichtspiele: „Onkel James Erben“.
Exzellenz-Künstlerpiel: Jeden Abend 8 1/2 Uhr Kabarett mit Künstlerpielen in feinem Stil.
Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends.
Ausstellung des Lebensbedürfnisvereins im Kolosseum: 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.
Zentral-Lichtspiele: Kammermusik. Baby Peggy als Kostümtänzerin.
Stadigarten: 11-12 Uhr und 3 1/2-6 Uhr Konzert. 8-10 1/2 Uhr Festkonzert mit Kunstfeuerwerk.
Schützenfest: 1/2-1 Uhr Musik auf dem Schloßplatz. 4 bis 7 1/2 Uhr Festkonzert in der Schützenfestsalle. 5 Uhr in der Festhalle Preisverteilung. 8-11 Uhr im Stadigarten Festkonzert und Feuerwerk. 11 Uhr: Schützenfestball in der Festhalle.
Naturfreunde: Kinderwanderung: Treffpunkt 8 Uhr „Tivolli“.
Karlsruher Athletenvereinsgesellschaft: Waldlauf beim Wasserwerk.
Bad. Luftverkehrsvereinsgesellschaft: Rundflüge um die Stadt von 1/5 Uhr ab.

Verbandsanleger
Bei 4 u. mehr Stellen 30 Wp. bei 20 Stellen 40 Wp. bei 10 Stellen 50 Wp. bei 5 Stellen 60 Wp. bei 2 Stellen 70 Wp. bei 1 Stelle 80 Wp. (Ergänzungsbewilligung haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Stellenantrittsbereich bedingt).

Karlsruhe:
Karlsruhe, Naturfreunde. Begr. Beierheim. Montag, den 13. Juli, Monatsversammlung, 8.30 Uhr. Beierheimer Hof.
Arbeiter-Schützen-Verein. Am Sonntag, 12. Juli, vormittags 8 Uhr, findet auf dem neuen Schießstand am Rheinbaben in der Sandgrube hinter der Wirtshaus „Zur Gans“ Schießübung statt.
Arbeiterpartei Karlsruhe. Sämtliche Kartellvereine haben bis 20. Juli 1925 ihre aktiven Teilnehmer zur Olympiade namentlich an Sporthaus, Kaffee Odeon, Badenerstraße 8, zu melden. Spätere Meldungen werden nicht berücksichtigt.
Deutscher Arbeiter-Abkündertenbund. Am Dienstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im Jugendheim (ehemaliges Baujungenheim), Saumesserstr. Versammlung mit Vortrag des Genossen Hauptlehrer Stiegele über „Alkoholismus und Militarismus“. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsgenossen sind eingeladen.
Durlach, Soz. Frauensektion. Montag, 13. Juli, abends 8 Uhr findet in der Lessingstraße, Zimmer 3, unsere Monatsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Das Gemeindebestimmungsrecht“. Referent: Gen. Adolf Stiegele. 2. Verschiedenes. Erscheint Alle! 700 Die Vorstehende.

Wasserstand des Rheins
Schulterinsel 225, seht. 89; Rehl 311, seht. 96; Maxau 391, seht. 19; Mannheim 252, seht. 7 Zentimeter.

Möbelfabrik Gebr. Klein * Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer sowie Einzelstücke
Lager: Durlacherstr. 97 Karlsruhe Fabrik: Rüppurrerstr. 14 Erstklassige Ausführung! Zahlungserleichterung!

Gutes Zeit-Glas
zu kaufen gesucht. Ang. unter F 100 an die Expd. dieses Blattes erbeten.

Gut u. billig essen Sie im Friedrichshof
Mittag- u. Abendessen 1 Mk., 10 Karlen 3 Mk.
Auswahl unter drei Gerichten. — Reichhaltige Tageskarten mit Spezialitäten — Eigene Schlächterei — Bekannt gute Küche
Jeden Sonntag Konzert. Eintritt frei
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein. H. STEHLIN

Zurück Dr. med. C. Sitzler Hals-, Nasen- u. Ohrenarzt
3-5 Uhr; Samstag 1-2 Uhr
Waldstraße 8. Telephon 4758 4086

Geschäfts-Empfehlung!
Hiermit sehe ich meine berechneten Kunden, Nachbarn und Bekannten in Kenntnis, daß der Verkauf von **Milch- und Molkereiprodukten** ab Montag, den 13. Juli in meinem neu eingerichteten Laden stattfindet.
Bei dieser Gelegenheit danke ich verbindlich für das mir in so reichem Maße bewiesene Vertrauen und bitte, es mir auch weiterhin zu bewahren.
Auch in Zukunft reelle Bedienung zusichernd, bitte ich um weiteren geneigten Zuspruch.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Heinrich Bachmann
Waldstraße 85. Telephon 4436

Plankuch
Garantiert reiner
Bienen-Honig
1 Pfund-Glas
Mk. 1.20
einschl. Glas
Plankuch

Möbel
in guter Ausführung
moderne Formen
beliebte Zahlungsbedingungen
freier Lieferung
Baden-Pfalz
zu mäßigen Preisen.
Brüder Bär
Karlsruhe
Kaiserstraße 115

Zum Weinberg
* Durlach *
Empfehle in Weine, 1/4 Liter von 30 Pf. an
Als Spezialität Nierkeiner Edel, Augsteiner Kreuzmorgen, alter Binger, genossenschaft Augstein, garantiert Naturweine.
Albert Bohlinger

Ich liebe die **Rechtsanwaltspraxis**
aus. 4127
Kanzlei: Parkstraße 9!
Robert Schinzinger
Rechtsanwalt.

Nachruf.
Wir bringen hiermit unseren Mitgliebrern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied
Heinrich Grafwohl
am 8. dieses Monats nach längerem Leiden gestorben ist. 4143
Grafwohl war einer derjenigen Kollegen, denen die Treue zu ihrer Gewerkschaft Aber alles geht. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Dangewerkschaft Karlsruhe

Jeder ist seines Glückes Schmied!
Sie können die heute so riesigen Taschenuhren, Standuhren, Goldwaren, Musikinstrumente, Fahrräder usw. bei uns **reparieren** und erhalten. Stauden und verbündend einfach! **Reparaturen** abgeschlossen. **Keinerlei Verpflichtungen** haben Sie, nur wollen Sie versuchen, uns die richtige Lösung des nebenstehenden Sprichwortes nebst Rückporto **sofort** einzusenden. Briefporto 10 Pf.
Heriot-Compagnie, Präm.-Abt., Friedmann W. 146.
Verloren Freitag abend auf einer Fahrt in den Anlagen beim „Stühlen Strug“ braunes Paket. Abzugeben (Sindertohn) Kaiserstraße 182 II.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

JUBILÄUMS-AUSSTELLUNG des Lebensbedürfnis-Vereins Karlsruhe im „COLOSSEUM“, Waldstrasse 16-18

Infolge des starken Besuchs verlängert bis einschließlich 14. Juli

Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends
Von 4-10 Uhr Konzert * Täglich von 3-10 Uhr Filmvorführungen

Eintritt 20 Pfennig

Eintritt 20 Pfennig

Schützenfest

28. Verbandsschießen
Baden-Pfalz-Mittelrhein
Karlsruhe 4.-12. Juli 1925.



Tages-Programm

Samstag, den 11. Juli: Nachmittags 4-7 Uhr: Konzert auf dem Schützenfestplatz. Abends 8-11 Uhr: Großes Festkonzert in der Schützenfesthalle mit Aufführungen des Athletik-Sportklubs „Germania-Sportfreunde“. — Italienische Nacht mit Beleuchtung des Festplatzes. Harmonie-Orchester.

Sonntag, den 12. Juli: Vormittags 10-11 Uhr: Platzmusik auf dem Schützenfestplatz. Orchester der Polizeimusiker. Nachmittags 4-7 Uhr: Großes Festkonzert auf dem Schützenfestplatz. Abends 8-11 Uhr: Großes Festkonzert in der Schützenfesthalle mit Darbietungen des Männergesangsvereins „Badenia“. Orchester der Polizeimusiker. Städtische Festhalle und Städtgartens. Nachmittags 8 Uhr: Feierliche Preisverteilung im großen Saale der städtischen Festhalle. Abends 8-11 Uhr: Städtgartensfest mit Festkonzert, Beleuchtung des Sees und der Anlagen. Großes Brillant-Feuwerk. Abends 11 Uhr: Schützen-Festball im großen Saale der städtischen Festhalle (nur für die auswärtigen Schützen u. die Mitglieder der Schützengesellschaft Karlsruhe). Täglich abends 11 Uhr Tanz in der Schützenfesthalle.

Täglich abends 9-11 Uhr **TANZDELE**
in der Bankethalle des Schützenhauses

Jazzband Schulz

Eintrittskarten an den Kassen des Schützenfestplatzes:
Die Person Mk. —.50, Kinder bis 14 Jahre frei

Montag, den 13. Juli, nachmittags:
Allgemeines Volksfest auf dem Schützenfestplatz
Eintritt frei!

Fahrtgelegenheit zum Schützenfestplatz vom Hauptbahnhof, Markt-
platz und Moninger zu billigsten, für das Fest bestimmten Tarifsätzen.
Die Linkenheimer Allee ist die ganze Nacht über festlich beleuchtet

Der Festausschuß

Die
Zionistische Ortsgruppe u. der Bund
Zionistischer Frauen Karlsruhe
laden ihre Mitglieder und Freunde zu
der am **Montag abend 8 1/2 Uhr** statt-
findenden

Herzl-Gedenkfeier

ein. Gedenk-
rede: **Dr. Elitscher, Berlin.**
Ort: Heim der Ortsgruppe, Herrenstr. 11.
— Gäste willkommen. —

Karlsruher Athletenvereine v. 1897
Mitglied des Arbeiter-Athletenbundes Deutschland

Waldfest



Sonntag, den 12. Juli,
nachmittags 2 Uhr, am dem
Spielfeld hinter dem
Bauwerk, findet unser
Waldfest
mit Konzert, Gländerspiel, Ball-
spielen, Regelspiel u. A. u. A. u. A.
begünstigung im Würstchen-
stand, Sachspielen u. A. u. A. u. A.
Tisch mit Musik. — Bei Eintritt der Dunkelheit:
Italienische Nacht.

Der Vorstand.

STADTGARTEN

Sonntag, den 12. Juli, vormittags von 11-12 Uhr:
Promenade-Konzert kein
Musikanschlag.

Nachmittags von 3-6 Uhr: **KONZERT**. Abends von
8-10 1/2 Uhr: **KONZERT**. Sämtliche Konzerte ausgeführt
vom Musikverein Harmonie Karlsruhe, Leitung: Hugo
Rudolph. Anlässlich des XXVIII. Verbandsschießens
Baden, Pfalz und Mittelrhein: **Kunstfeuerwerk** ausgeführt von
Feuerwerkstech-
niker W. Fischer, Giesbronn (Württbg.) Bengalische Be-
leuchtung, Lampenschmuck, Tausendfährungen auf dem
See (Frau Olga Mertens-Leger mit ihrer Tanzschule). 1335

Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.

Heute Samstag, 11. Juli, Sonntag, 12. u. Montag, 13. Juli
die beliebte Volksoperette

„Der fidele Bauer“

von Viktor Leon. Musik von Leo Fall. 4126

Billetpreise v. Mk. 6.30 b. 1.70. Vorverkauf siehe Anschlagssäulen.

2. Gausängerfest

des Karlsruher Sängergau
am Sonntag, den 19. Juli, in der
Städtischen Festhalle.

Ausführende: Kammer Sänger Rein-
hold Fritz, Stuttgart, das Orchester
des Landtheaters Karlsruhe: 43
Gauvereine mit 3000 Sängern.

Vormittags-Konzert
morgens 10 Uhr 4134

Gruppe I, II und III, 29 Vereine, 1570
Sänger, Einzelchöre u. Gesamtchöre.
Dirigenten der Gesamtchöre: M. Greu-
lich und W. Mayer.

1. Teil: „Natur und Heimat“, 2. Teil:
„Der Rhein“, 3. Teil: „Lenz u. Liebe“.

Nachmittags-Konzert
nachmittags 3 Uhr

Gruppe IV u. Festwiesenslieder-Gruppe
14 Vereine mit 1430 Sänger. Leitung
der Orchesterwerke u. der Gesamt-
chöre: Herr Hugo Rahner.

1. Teil: Aus der Oper „Die Zauber-
flöte“, 2. Teil: Einzelvorträge der
Gruppe IV, 3. Teil: Aus dem Bühnen-
festspiel „Die Meistersinger“.

Karten im Vorverkauf von Mittwoch
ab in der Musikalienhandlung Müller,
Kaiserstr. und am Sonntag, den 19.
an der Tageskasse der Festhalle.

Preise: 2.50, 2.00, 1.50 und 1.00 Mk. ein-
schließlich Festbuch, Einlagebühr
und Lustbarkeitssteuer.

Großer Preisabschlag!

Brennholz

Buchen und Eichen

in La Ware, gesägt u. gespalten, von 2 Zentner ab à Mk. 1.80
bei ganzen Fuhrten per Zentner à Mk. 1.70 frei Haus bei
sofortiger, prompter Bedienung. Sowie sämtliche Sorten

Kohlen

zu ermäßigten Preisen.

Karl Rieß & Sohn, Kohlenhandels- geschäft

Sofienstraße 45, Telefon 2363 4108

Gebrüder Rauh, Gräfrath

bei Solingen
Stahlwarenfabrik
und Versandhaus

Versand
direkt
an Private



Unentbehrlich für jede Familie ist die
Haar- und Bartschneidemaschine „Häbicht“ No. 3425
mit 2 Aufschiebeschneidern. Jedermann ist im Stande, mit derselben
ohne vorherige Übung d. Haar sofortig und sauber zu schneiden. 3 Haar-
längen schneidend, ohne Kamm 1 mm, mit einem dünnen 4 mm und mit
einem dicken Kamm 7 mm, prima verwickelt und poliert, mit Innenring-
feder. Ganze Länge der Maschine 15 cm, Breite der Schneittische 4 1/4 cm.
Gebrauchsanw. wird beigelegt.

Per Stück nur 3.15 franko.

Nr. 25 Bastermesser, in Qualität, 16 cm lang und 1 1/2 cm breit,
ganz hohl geschliffen, schwarz poliertes Heft in Einl.
5 Jahre Garantie. Per Stück nur Mk. 2.30 franko.
Sicherheitsrasierkamm für Damen, für jedes Messer passend,
per Stück Mk. 0.50.

Versand unter Nachnahme od. gegen
vorherige Einsendung des Betrages.

Postcheckkonto: No. 101 98 Köln.

Katalog, welcher ca. 5000 Gegenstände
auswählt enthält, umsonst und portofrei.
Qualitätswaren wie im Frieden.
Garantie-Schein. Nicht gefallende Waren tauschen wir bereit-
willigst um oder zahlen den Betrag zurück.

BRILLANT
FABRIK-MARKE

Verkehrsverein Durlach

Am Samstag, den 11. Juli, abends
8-10 1/2 Uhr, findet im Schloßgarten ein

KONZERT

durch die **Feuerwehrkapelle Karlsruhe**
unter persönl. Leitung ihres Dirigenten
Herrn Musikdirektor Irrgang und Mit-
wirkung des **Männer-Gesangsvereins**
unter Leitung ihres Direktors Herrn
Lehmann statt, wozu die Einwoh-
nerschaft zu zahlr. Besuch eingeladen wird.
— Eintritt 30 Pfg. — 698

Palast-Sichtspiele

Herrenstr. 11 Telef. 2502

Ab heute bis incl. Donnerstag
Großer Doppel-Spielplan:

Onkel James Erben

Komödie mit Tieren und Menschen in 6 Akten

Dr. Jack

Groteske in 6 Akten. 4132
In der Hauptrolle:
Harold Lloyd

Jugendliche haben nachmittags Zutritt!

Plakate

aller Art liefert rasch und billig
Buchdruckerei Geck & Cie.
KARLSRUHE, Luisenstraße 24.

Diwans!

neue, gutgearb. b. 58 Mk.
an. 80 Pf., Schloßstr. 25

In 30 Minuten
Ihre Passbild
auf im Photogr. Atelier
Schloßstr. 50, Eing. Adlerstr.

Persil für Krankenwäsche

Krankenwäsche muß desinfiziert werden. Krankheitsübertragung durch Kleidung und Wäschestücke ist keine Seltenheit. Persil tötet schon in handwarmer Lauge jeden Krankheitskeim!

Amtliche Bekanntmachungen

Ueber das Vermögen der Firma Köhler & Hochwäher, Fabrikation und Großhandlung in Jahnsteden, Inhaber Kaufmann Emil Hochwäher in Karlsruhe, Erbprinzipale 31 wurde heute am 8. Juli 1925, nachmittags 1 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da die Firma zahlungsunfähig ist. Der Kaufmann Johann Köhler hier, Hans Thoma-Str. 3 ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. August 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbeihaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 152 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, 12. August 1925, vormittags 11 Uhr, Zimmer 100. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeindefiskus zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung anerkennen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgelendete Verbindlichkeiten in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. August 1925 Anzeige zu machen. Karlsruhe, den 8. Juli 1925. 1335 Der Gerichtsschreiber Badischen Amtsgerichts A 7.

Spargelder.

Annahmestellen

der **Stadt. Sparkasse Karlsruhe** in der Altstadt: 1331 Drogerie Ludwig Wähler, Rasthoferstraße 14, Annahmestelle „A“; in Stadtteil Mühlburg: **Reuter-Drogerie Wilhelm Hofmeister**, Philippsstraße 14, Annahmestelle „B“; in der Altstadt: **Weißwägenstraße 48, Kaufmännische O.** Die Vergütung dieser Sparcinlagen erfolgt genau wie bei der Sparkasse selbst: bei monatlicher Kündigung zu 10%. **Städtisches Sparfassenamt.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wahl zum Gewerkschafts-Kongress

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß für die am **Samstag, den 12. Juli 1925**, in der Zeit von 10-4 Uhr, stattfindende Wahl, folgende Lokale bestimmt sind: **Karlsruhe**, Friedrichsplatz 11, Büro **Zurlach**, Gäßhaus zum „Lamm“ **Gaggenau**, Bahngasse 8, Büro **Rastatt**, Herrenstraße 11, Büro **Bruchsal**, Gäßhaus zur „Rose“ **Stuttgart**, Wirtshaus „Obenwald“ **Stuttgart**, Gäßhaus zum „Reichsadler“ Die Wahlordnung ist in Nr. 20 der Metallarbeiter-Zeitung auszugswise bekannt gegeben. Die Wahlvorschriften liegen in den Wahlbüros zur Einsicht auf. Die **Wahlkommission**: J. A. Ed. Kluge.

Zentral-Bibliothek. Unsere **Bibliothek** ist ab 10. Juli 1925, wegen Jubiläumraufnahme und Stillanhebung geschlossen. Ausgeliehene Bücher sind bis spätestens Freitag, den 24. Juli abzuliefern. — Der Wiedereröffnungstermin wird an dieser Stelle bekannt gegeben. 416 Die **Erstverwaltung**: J. A. Kluge.

tenelgenchaft (Angestelltenversicherungskarte etc.) sowie die oben bezeichneten Lehrer, Lehrerinnen und Beamtenanwärter persönlich und zwar:

- a) Die Klassenlosen Angestellten, Lehrer etc. der Gemeinden: Au a. Rhein, Vietigheim, Durmersheim, Elchesheim, Hügelheim, Pfesheim, Illingen, Kuppenheim, Muggenturm, Niedersühl mit Föck, Detigheim, Ottersdorf, Bittersdorf, Rastatt, Rautental, Söllingen, Steinmuern, Wintersdorf, Waldprechtsweyer und Wirmersheim **beim Arbeitsamt Rastatt**
 - b) diejenigen der Gemeinden: Büchweiler, Freilshheim, Hörden, Gaggenau, Michelbach, Oberndorf, Obermeier, Ottenau, Rotenfels, Selbach und Sulzbach **bei der Zweigstelle des Arbeitsamtes in Gaggenau (Rathaus)**
 - c) diejenigen der Gemeinden: Au i. Murgtal, Bernersbach, Forbach, Gernsbach, Hiltersau, Langenbrand, Lautenbach, Oberstrot, Reichental, Staufenberg, Scheuern und Weisenbach **bei der Zweigstelle des Arbeitsamtes in Gernsbach (Rathaus)**
- die Fragebogen abzuholen, auszufüllen und mit den Ausweispapieren wieder abzugeben. Rastatt, den 11. Juli 1925. 1332 **Arbeitsamt Rastatt:** G s m a n n. Schlueder.

Handwerkskammer-Beiträge für 1925.

Die Gewerbebetriebe, welche den angeforderten Handwerkskammerbeiträge für 1925 noch nicht entrichtet haben, werden mit einer Frist von 8 Tagen an die Zahlung gemahnt. Wer diese Frist verläßt, hat Zwangsvollstreckung zu gewärtigen und die damit verbundenen Kosten zu tragen. 1330 Karlsruhe, den 9. Juli 1925. **Stadtkammer A.**

Motorbootfahrten im Rheinhafen

findet am **Samstag, 12. Juli 1925** **nicht statt!** **Städtisches Hafenam.**

Rastatter Anzeigen.

Zählung der Klassenlosen Angestellten bei. Mit Rücksicht auf die katastrophalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten findet zur Vorbereitung von Hilfsmaßnahmen durch die Reichsarbeitsverwaltung am **Donnerstag, den 16. Juli 1925, vormittags von 7-12 Uhr** und **nachmittags von 2-5 Uhr** eine Zählung sämtlicher Klassenloser Angestellten aus. Nach Vereinbarung mit den Vorsitzenden der Angestelltenverbände werden beide Fragebogen beim Arbeitsamt ausgegeben. Am 16. Juli 1925 haben sämtliche Klassenlosen Angestellten unter Vorlage von Ausweispapieren zur Beurteilung der Angestellten-

Bin verrest von Montag, den 13. Juli, bis einschließl. Mittwoch, den 5. August 703 **Augenarzt Dr. Dorff, Rastatt** Meine Vertretung übernimmt **Dr. Bayer, Baden-Baden, Solfenstraße 16.**

Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe

Zahlungs-Aufforderung. Der Einzahlungstermin der Beiträge zur Krankenversicherung und Erwerbslosenfürsorge für den abgelaufenen Monat derjenigen Arbeitgeber, welche die Beiträge allmonatlich in der Zeit vom 4. bis 10. zu entrichten haben, ist abgelaufen. Die in Voraus gekommenen sämtlichen Schuldner werden aufgefordert, bei dem jetzt beginnenden Einzug durch den Kassendirektor an letzteren bei Verzögerung des Zahlungseingangs sofort Zahlung zu leisten. Wird an den Kassentoten nicht sofort Zahlung geleistet, dann gilt die Zustellung des Forderungsscheines als wiederholte Mahnung. In letzterem Falle erfolgt alsbald ohne weiteres die Zwangsverhaftung, wobei der Kassenvorstand berechtigt ist, Verzugszuschläge, sowie eine Pfändungsgewalt auszusprechen zu erheben. Die Krankentagebeiträge sind bis zur vorläufigen Abrechnung zu bezahlen. Arbeitgeber, welche nach jeder Lohnzahlung die Beiträge mit Nachweitung einzahlen, werden von dieser Mahnung nicht berührt. Karlsruhe, den 11. Juli 1925. 4123 **Der Kassenvorstand: Verwaltungsdirektion: W. Hof. S i a m u n d.**

Erhebung über die Stellenlosigkeit von Angestellten am 16. Juli 1925.

Auf Anregung des Reichsarbeitsamtes veranstaltet die Reichsarbeitsverwaltung mit Rücksicht auf die katastrophalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten eine Erhebung über die Zahl der Klassenlosen Angestellten und deren näheren Verhältnisse. Mit der örtlichen Durchführung dieser Erhebung sind die öffentlichen Arbeitsämter und die Angestellten-Versicherungsstellen sowie sämtliche erwerbslosen Angestellten, soweit sie bei uns zur Vermittlung vorgemerkt sind, haben einen beim Arbeitsamt Karlsruhe bzw. dessen Zweigstellen in Rastatt und St. Gallen erhaltenden Fragebogen auszufüllen u. diesen spätestens am 18. Juli d. J. unter Vorlage der Angestellten-Versicherungskarte bzw. einer Bescheinigung über die Versicherungsfreiheit und der Originalausweise der letzten 10 Jahre persönlich aus (Zimmer Nr. 17) bzw. unseren Zweigstellen zu übergeben. Auch Angestellte, die nicht bei uns vorgemerkt sind, sollen von der Erhebung erfasst werden und werden ersucht, sich hierüber vor dem 16. Juli d. J. an uns oder an ihren Angestelltenverband zu wenden. 1334 **Gesägt werden nur solche Angestellte, die am Samstag, den 16. Juli d. J. stellenlos sind, ferner stellungslose Lehrer, Lehrerinnen und Beamtenanwärter, die in absehbarer Zeit mit einer Verwendung im staatlichen oder öffentlichen Dienst nicht rechnen können. Fragebogen, die uns nach dem 23. Juli gegeben, können nicht mehr berücksichtigt werden.** **Arbeitsamt** für den Vermittlungsbezirk Karlsruhe Gartenstraße 53.



Die Heringskuh. Milcherne Heringe sind gefuchter als rogene. Was lag da näher, als eine Veredelung durch gezielte Zuchtbestrebungen? Eine Kreuzung zwischen einem norwegischen Gethier und einer guten Milchkuh ergab das interessante Gethier, das wir dem ebenso geachteten wie erlauteten und teilweise entzweiteten Publikum hier vorstellen. Zur Erzeugung besteht aber keine Ursache, denn das Wundertier ist nur ein Vorwand, Sie auf die folgenden wichtigen Tatsachen aufmerksam zu machen. Für ein solches Milcherntier wissen, welche Wohlfahrt es ist, wenn man kufriert. Es sollten es aber alle wissen, daß die Kuh-Kuhpflege nicht nur den Füßen, sondern dem ganzen Organismus einschließlich der Nerven zugutekommt. Sie wissen doch, wie abgemagert und matt Sie sich am ganzen Leibe fühlen und wie unzulässig Sie zu geistiger Arbeit sind, wenn die Füße brennen und schmerzen, wenn Sie ermüdet und angeschwollen sind. Wie matt und schleppend ist da die ganze Haltung, wie schlecht ist die Laune, wie schnell warten Sie da auf die nächste Kufriol-Relaxation und wünschen, daß sie wieder so beschaffen sein möge, daß sie einem die Stiefel auszieht, wie es ja diesmal hoffentlich der Fall ist. Welche Wohlfahrt ist da schon ein Luftbad, geschweige denn ein Nerven- und Sehnenbad, warmes und trockenem wunderbar erfrischendes Kufriol-Fußbad. Sind der Kufriol-Stein, der Wunderwunder, der Wunderwunder, der Wunderwunder und das lästige und kostspielige Durchschneiden der feinen Sommerstrümpfe und Lackschuhe verübt, ist eine weitere Wohlfahrt. Sühnraugen kann man mit Sumor nur dann betrachten, wenn man sie nicht selbst gequält, oder sie rechtzeitig durch das vielmillionenfach bewährte Kufriol-Hühneraugen-Pflaster binnen wenigen Tagen spurlos und schmerzlos ausgerottet hat. Darum, verzehre Zeitgenossen, ergehe an Sie erneut die Mahnung: **Kufriolen Sie! Millionen kufriolen!** Sie fühlen sich an Leib und Seele wohlher, Sie können mit wahrhaft kufriolympischer Ruhe in die modernsten Lackschuhe schlüpfen, an die andere nur mit zusammengebissenen Zähnen denken, Sie gehen leichtfüßig und beschwingt, wo andere mit knirschenden Knien und gebeugtem Rücken humpeln. Am vorteilhaftesten kaufen Sie **die Kufriol-Kurpackung** für nur 2 Mark, die alle drei Kufriol-Präparate enthält. Sie bekommen sie da 25 Pfennig billiger, als wenn Sie jedes einzeln kaufen, und erhalten außerdem noch einen Kufriol-Gedächtnisgrat. Wollen Sie aber zuerst einen Versuch machen, so verlangen Sie eine Probeportion Kufriol-Fußbad, die nur 30 Pfennig kostet. Alle Apotheken und Sachgrocerien führen die guten Kufriol-Präparate. Verlangen Sie von uns Literature über die guten Kufriol-Präparate. **Kufriol-Fabrik Kurt Reiss, Groß-Salze bei Magdeburg** Verwaltungsgedäude: Reishofstraße, Fabrik: Kufriolstraße.

Pfänder-Versteigerung Am Mittwoch, den 12. u. Donnerstag, den 13. Juli 1925, vorm. von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungshaus, Stadt Hofbauhaus, Schwannengasse 6, 11. Etage, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat Nov. 1924, Nr. 27 251 u. Nr. 39 970 gegen Verzahlung statt. Zur Versteigerung gelangen: Fahrrad, Nähmaschine, Koffer, Schloß, Herren- u. Damenkleider, Schuhe, Stoffe, Bekleidungsgegenstände, gold. und silb. Uhren, Juwelen, Musikinstrumente usw. **Malaga** Gold extra 1.50 1.50 1.50 **Malaga** Gold extra 2.50 1.50 1.50 **Bermouth „Branca“** 1.50 1.50 **Pfannkuch**

Karlsruher Familien-Krankenkasse Unter staatlicher Aufsicht, Gegründet 1890 Geschäftsstelle: Ostendstraße 6, Tel. 4150 **Filialen:** Weststadt: Kriegsstraße 169 I Mittelstadt: Markgrafenstr. 26 III Südstadt: Luisenstraße 31 III Oststadt: Rudolfstraße 20 III **Freie Arztbehandlung freie Medikamente — Sterbekasse** Aufnahmeformulare und Satzungen sowie jede weitere Auskunft durch die Geschäftsstelle und durch die obengenannten Filialen **Für nur 20 Mk.** Anzahlung u. wöchentliche Raten von 4 Mk bekommen Sie 1 stabiles **HERREN-DAMEN-FAHRRAD** mit 2 Jahren Garantie. Fahrräder werden bei Anzahlung sofort ausgehändigt. Sämtliche Ersatzteile wie Mäntel, Schläuche, Pedale, Ketten usw. stamend billig. **Fahrrad-Kunzmann** Zähringerstraße 46 4135

Die Heringskuh. Milcherne Heringe sind gefuchter als rogene. Was lag da näher, als eine Veredelung durch gezielte Zuchtbestrebungen? Eine Kreuzung zwischen einem norwegischen Gethier und einer guten Milchkuh ergab das interessante Gethier, das wir dem ebenso geachteten wie erlauteten und teilweise entzweiteten Publikum hier vorstellen. Zur Erzeugung besteht aber keine Ursache, denn das Wundertier ist nur ein Vorwand, Sie auf die folgenden wichtigen Tatsachen aufmerksam zu machen. Für ein solches Milcherntier wissen, welche Wohlfahrt es ist, wenn man kufriert. Es sollten es aber alle wissen, daß die Kuh-Kuhpflege nicht nur den Füßen, sondern dem ganzen Organismus einschließlich der Nerven zugutekommt. Sie wissen doch, wie abgemagert und matt Sie sich am ganzen Leibe fühlen und wie unzulässig Sie zu geistiger Arbeit sind, wenn die Füße brennen und schmerzen, wenn Sie ermüdet und angeschwollen sind. Wie matt und schleppend ist da die ganze Haltung, wie schlecht ist die Laune, wie schnell warten Sie da auf die nächste Kufriol-Relaxation und wünschen, daß sie wieder so beschaffen sein möge, daß sie einem die Stiefel auszieht, wie es ja diesmal hoffentlich der Fall ist. Welche Wohlfahrt ist da schon ein Luftbad, geschweige denn ein Nerven- und Sehnenbad, warmes und trockenem wunderbar erfrischendes Kufriol-Fußbad. Sind der Kufriol-Stein, der Wunderwunder, der Wunderwunder, der Wunderwunder und das lästige und kostspielige Durchschneiden der feinen Sommerstrümpfe und Lackschuhe verübt, ist eine weitere Wohlfahrt. Sühnraugen kann man mit Sumor nur dann betrachten, wenn man sie nicht selbst gequält, oder sie rechtzeitig durch das vielmillionenfach bewährte Kufriol-Hühneraugen-Pflaster binnen wenigen Tagen spurlos und schmerzlos ausgerottet hat. Darum, verzehre Zeitgenossen, ergehe an Sie erneut die Mahnung: **Kufriolen Sie! Millionen kufriolen!** Sie fühlen sich an Leib und Seele wohlher, Sie können mit wahrhaft kufriolympischer Ruhe in die modernsten Lackschuhe schlüpfen, an die andere nur mit zusammengebissenen Zähnen denken, Sie gehen leichtfüßig und beschwingt, wo andere mit knirschenden Knien und gebeugtem Rücken humpeln. Am vorteilhaftesten kaufen Sie **die Kufriol-Kurpackung** für nur 2 Mark, die alle drei Kufriol-Präparate enthält. Sie bekommen sie da 25 Pfennig billiger, als wenn Sie jedes einzeln kaufen, und erhalten außerdem noch einen Kufriol-Gedächtnisgrat. Wollen Sie aber zuerst einen Versuch machen, so verlangen Sie eine Probeportion Kufriol-Fußbad, die nur 30 Pfennig kostet. Alle Apotheken und Sachgrocerien führen die guten Kufriol-Präparate. Verlangen Sie von uns Literature über die guten Kufriol-Präparate. **Kufriol-Fabrik Kurt Reiss, Groß-Salze bei Magdeburg** Verwaltungsgedäude: Reishofstraße, Fabrik: Kufriolstraße.

Samstag
11
Juli

„Burchard“

im Zeichen des

Saison-Ausverkauf

**Heute
letzter Tag**

Benützen Sie die vorteilhafte
Kaufgelegenheit!

Paul Burchard

EDELWEISSFLOCKEN

EDELWEISSFLOCKEN

EDELWEISSFLOCKEN

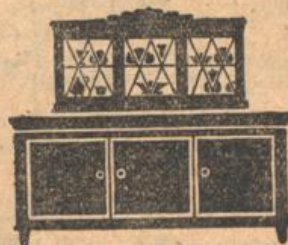
Eine Hausfrau sagt's der andern:
Pforzheimer Seifenflocken
„Edelweiß“

waschen alle Wäsche schonend schneeweiß!
Billig und von höchster Waschkraft! Billig und von höchster Waschkraft!

Paketpreis nur 35 Pfennig
in allen einschlägigen Läden zu haben.

Wilhelm Rufmann, Seifen-Fabrik
PFORZHEIM (Baden), Telefon 1255.

EDELWEISSFLOCKEN



BAUBUND-MÖBEL

HERVORRAGEND
IN FORM & GÜTE

kaufen Sie am besten beim

BAD. BAUBUND

KARLSRUHE

Karl-Friedrich-Strasse 22

am Rondellplatz

TÄGL. GEÖFFNET
VON 8½-12½ UND 2-6½ UHR

Bei günstigen Zahlungs-Bedingungen
und billigsten Preisen
erhalten Sie beim

Kürschner Neumann

3 Erbprinzenstraße 3

**Pelzjacken / Pelzmäntel / Skunks
Cpossum / Walaby / Wolf / Fuchs
und andere Garnituren**

Zum Saimen

Telephon 2019

Ludwigs-
platz
4139

Heute Samstag ab 7 Uhr:

Familien-Konzert

Es ladet freundl. ein Fritz Biesel.

Samstag

11

Juli

„Burchard“

im Zeichen des

Saison-Ausverkauf

Einsatzhemden mit Pique-Einsätzen . Grösse	4	5	6
	Mk. 2.10	2.30	2.50
Netzjacken	Mk. 1.35	1.10	0.95
Unterhosen	Mk. 2.50	2.30	1.95
Hosenträger Gummi	Mk. 1.10	0.95	0.65
Socken	Mk. 0.85	0.65	0.40
Herrenkragen mit Ecken, Weite 36-39	3 Stück		0.90
Stehumlegkragen Weite 36-40	3 Stck.		0.90
Sportkragen 36-39, weiss	3 Stck.		1.60
Sportkragen 36-39, farbig	4 Stck.		1.—

Paul Burchard

Reihenhaus

im Neubau-Neubadweg
(Wohn- und Spülküche,
2 Zimmer, Dachkammer,
Keller, Speicher, Garten)
sofort zu vermieten.
Baukostenzuschuss ist zu
stellen. Bedingungen bis
zum 14. Juli in der Ge-
schäftsstelle: Döndorf-
platz 2. 702
Gartenstadt Karlsruhe
G. G. m. b. H.
Der Vorstand.

Lumpen Papier
Zeitungspapier, alte Seiten,
sowie sämtl. Holzprodukte
kauft fortwährend
Ehr. Gaier, Karlsruhe,
Berderstr. 72/74.
Sämtl. erhält. Sortierung.

Ungeziefervergiftungs-
Institut Mors

33 Leopoldstraße 23
Telefon 5074
arbeitet mit
totsicherem Erfolg

**Beachten
Sie**
**Montags
Freitags**
Inserate
Schorpp
Wäscherei und
Wäschefabrik.



Pantherwerke
A.-G.

Braunschweig.

Vertreter:

H. Witzemann
Karlsruhe-
Mühlburg
Rheinstr. 34 a

Asphalteur
als Vorarbeiter für
dauernd
sofort gesucht.
Stuttgarter Asphalt u.
Zergergeschäft von Zerger
Eintigart
Koblenstraße 10a. 701

2 Bettstellen
bestert, mit Holz, auch
einzeln billig zu verkaufen.
Neubadweg 4, 1. St.
rechts, Grünwinkel.

Zu verkaufen!
Bolierte Bettlade mit
Holz, Matenge u. Koyf-
teil. Luisenstraße 32 I.

Lebensmittel

kaufen Sie stets zu

Konkurrenz-Preisen

und nur erstklassigen
Qualitäten bei den

„Kola“

Mitgliedern

erkenntlich durch Mitgliedschild.